



**SL-Satzungsänderung:
Klage abgewiesen**

(Seite 3)

**Heimattag in
Klosterneuburg**

(Seiten 4 und 5)

**Erinnerung an
Franz Martin Schindler**

(Seite 7)

Der Prager Premier leugnet den Einfluss der Kommunisten

Andrej Babiš bei Angela Merkel und Wolfgang Schäuble in Berlin: Der erste offizielle Besuch des Prager Premiers in der deutschen Hauptstadt lief ab nach bekanntem Muster: Lob für den wichtigsten Handelspartner (30 Prozent des tschechischen Exports gehen nach Deutschland); klares Nein zu einer Zwangsverteilung von Migranten, aber Zustimmung zu einem Marshallplan für Afrika; Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur zwischen beiden Ländern und Förderung der Digitalisierung. Ein „angenehmes Gespräch“, resümierte Babiš. Ein „gutes Gespräch“, befand die Kanzlerin. Wirtschaftsfragen dominierten das Treffen. Denn Wirtschaft ist, wie die zum Unternehmensnetzwerk des Prager Premiers gehörende Zeitung „Lidove noviny“ nicht zu Unrecht herausstellte, der beste gemeinsame Nenner in den bilateralen Beziehungen. Über das ungelöste sudetendeutsche Problem wurde offenbar nicht gesprochen. Zur Erinnerung: Ein allgemein gehaltener Satz

in Merkels Rede zum Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung im Juni, wonach es für Vertreibungen „weder eine moralische noch eine politische Rechtfertigung“ gegeben habe, war in Prag als auf die Beneš-Dekrete gemünzt interpretiert worden, die nach wie vor Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung sind. Babiš sprach damals von „absolut unakzeptablen“ Äußerungen. In Berlin schlug der Premier jetzt diplomatischere Töne an. Kein Wort mehr über die Kontroverse. Nun das nicht näher definierte Versprechen, sein Land wolle ein aktives Mitglied der Europäischen Union sein. Vorwürfe wegen der Unterstützung seines Kabinetts durch die Kommunisten tat er ab mit der Bemerkung, die KP habe „keinen Einfluss auf die Regierung“, er sprach – wahrheitswidrig – von einer „einmaligen Unterstützung“. Dass er der KP zum Beispiel in der Frage der Besteuerung der Kirchenrestitution entgegenkommt und deren Forderungen übernimmt, stehen eindeutig im

Widerspruch zu seinen Berliner Einlassungen. Für Mitte Oktober sind in Tschechien Kommunal- und Teilwahlen zum Senat angesetzt, da suchen Politiker, darunter Babiš, mit anti-kirchlichen Positionen zu punkten. Dass man dem gewendeten Kommunisten und heutigen Milliardär mit großem Misstrauen begegnet, war auch bei seiner Berlin-Visite zu beobachten. Als er bei Angela Merkel im Kanzleramt vorfuhr, wurde er nicht nur mit militärischen Ehren begrüßt. Demonstranten empfingen den Gast aus Prag mit Rufen wie „Babiš ist eine Schande für Europa“, „Babiš ist ein Lügner!“ und „Babiš ins Gefängnis“ – letzteres eine Anspielung auf Vermutungen, der Regierungschef spiele noch immer eine führende Rolle in dem Konzern Agrofert, den er bei seinem Gang in die Politik an einen Treuhandfonds übergeben hatte. Die Organisation Transparency International (TI) sieht offenbar einen Interessenkonflikt, da Agrofert Subventionen von der EU erhalte.

DAS BILD DER HEIMAT



Am 17. November 1901 wurde die Flügelbahn von Lundenburg nach Eisgrub eröffnet. Der Bau erfolgte durch die private „Brünner Lokaleisenbahngesellschaft“, den Betrieb übernahm die k.k. privilegierte Kaiser Ferdinand Nordbahn. Das Bild von der Eröffnung zeigt in dunkler Uniform mit weißem Bart den Bahnmeister Josef Vinzenz Grigar, der knapp vor seiner Pensionierung von Wien hierher versetzt wurde. (Urgroßvater von Fritz Lange)

Klartext

Und nun ein heißer Herbst? Von Gernot Facius

Der Sommer 2018 ist Vergangenheit. Was für ein heißer Sommer! Auch politisch. Folgt nun ein heißer Herbst? Indizien sprechen dafür. Die Deutschen, das hat eine Meinungsumfrage ergeben, befürchten eine Überforderung durch den anhaltenden Zuzug von Migranten – und wachsende Spannungen. Die Migration ist die „Mutter aller Probleme“ (Horst Seehofer). In ganz Europa, muss man hinzufügen. Von einem Jahr der Ängste ist schon die Rede. Auch ohne hellseherische Fähigkeiten lässt sich voraussagen, dass die bevorstehenden Landtagswahlen die politische Landschaft in Deutschland umpflügen werden. Alte Konstellationen werden brüchig. In Berlin knistert es vernehmlich im Koalitionsgebälk. Die Vertriebenenpolitik, ohnehin auf ein Nebengleis geschoben, wird davon nicht unberührt bleiben. Sie spielt nur noch in speziellen Wahlkampfreden eine Rolle. Und oft bedient man sich eines historisch schiefen Vergleichs der Heimatvertriebenen von damals mit den Flüchtlingen und Migranten von heute. Da muss man den deutschen BdV mal loben. Er hat seine Redner zum Tag der Heimat ermuntert, Klartext zu sprechen: „Jenen, die derzeit aus Angst um Leib und Leben aus ihrer Heimat flüchten müssen oder vertrieben werden, gilt unsere Empathie. Doch wenn sie zu uns kommen, kommen sie als Fremde – unter völlig anderen Voraussetzungen. Und sie haben oft – nachdem Konfliktsituationen beigelegt wurden – die Möglichkeit, in ihre Heimat zurückzukehren.“ Diese Option hatten die aus ihrer Heimat vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen seinerzeit nicht. Daran muss man immer wieder erinnern, pauschale Vergleiche (oder soll man besser sagen: Gleichsetzungen?) verbieten sich. Und verschließen wir nicht die Augen vor nationalistischen Tendenzen in Ländern, die sich vor einem Vierteljahrhundert von den kommunistischen Fesseln befreit haben, aber heute nichts oder nur wenig tun, um sich auch von Unrechtsdekreten, die Millionen Deutsche die Heimat kosteten, formal zu lösen. Das wäre eine Tat in einem wahren europäischen Geist. In der Tschechischen Republik sind die Vertreibungsdekrete nach wie vor Bestandteil der Rechtsordnung. Die Prager Halsstarrigkeit in dieser Frage ist, man kann es nicht anders ausdrücken, ein Schlag gegen Europa. Im nächsten Jahr stehen Neuwahlen zum EU-Parlament an. Hoffen wir, dass dieses Thema nicht wieder aus opportunistischen Motiven im Wahlkampf untergepflügt wird. Es kann und darf nicht sein, dass negative Denkstrukturen der Vergangenheit, aus welchen Gründen auch immer, konserviert werden. Das wäre alles andere als eine Friedenspolitik auf dem geschundenen europäischen Kontinent. ■

„Gute Stimmung“ an der Spree

Wie Miloš Zeman sich in Berlin präsentierte

Miloš Zeman auf Staatsbesuch in Berlin: Die deutsche Öffentlichkeit, soweit sie den Gast aus Prag überhaupt wahrnahm, erlebte einen Präsidenten, der der deutschen Kanzlerin schmeichelte und der während seiner Anwesenheit in Turbulenzen geratenen Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD noch ein längeres Leben wünschte. Die Wirtschaft war Zemans zentrales Thema. Er warb um weitere deutsche Investoren in Tschechien. Seine Presseleute streuten die Botschaft von einer „guten Stimmung“ zwischen Prag und Berlin unter die Journalisten – trotz der Differenzen in der Flüchtlings- und Migrationspolitik. In einem Punkt sorgte der Präsident für Klarheit: Anders als etwa Warschau werde Prag die Debatte über Reparationszahlungen nicht neu eröffnen. Doch so ganz konnten die aus der Geschichte herrührenden Probleme nicht unter den Tisch gekehrt werden. Das zeigte sich spätestens bei

Zemans Pressekonferenz nach der Begegnung mit deutschen Spitzenpolitikern. Da wurden die alten Argumente aus der Zeit der Verhandlungen über die Deutsch-tschechische Deklaration vom Jänner 1997 wieder auf den Tisch gepackt. Man müsse die „schwierige Geschichte“, gemeint war die sudetendeutsche Frage, „den Historikern überlassen“. Und dann verhehlte Zeman nicht seinen Unmut darüber, dass noch immer, auch seitens der AfD, auf das Problem der Beneš-Dekrete verwiesen werde. Das sei nicht im Interesse der Tschechischen Republik. „Zweifellos sympathisch“ findet er hingegen, dass die AfD gegen Immigration eintrete. Staatsbesuche folgen bekanntlich einem ausgeklügelten, mit den Gastgebern abgestimmten Programm. Dass Miloš Zeman gleich zum Auftakt seines Aufenthaltes in der deutschen Hauptstadt zum Potsdamer Schloßchen Cecilienhof fuhr, war eine politische



Zeman: Beneš-Dekrete sind nicht von Interesse. Foto: David Sedlecký CC BY-SA 4.0

Geste. Zur Erinnerung: Dort hatten die Großen Drei (USA, Sowjetunion und Großbritannien) 1945 die „Aussiedlung“ unter anderem der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Österr.-Schlesien, beschlossen. „In Prag versteckt man sich bis heute hinter Potsdam, um nicht zugeben zu müssen, dass die Vertreibung der Sudetendeutschen vor

allem auf den eigenen Exil-Präsidenten Beneš zurückging“, bemerkte zu Recht der Korrespondent der „Sächsischen Zeitung“ in der tschechischen Hauptstadt, Hans-Jörg Schmidt. Mit der Zeman-Visite an der Spree wurde aufs Neue demonstriert, dass Prag an den Unrechtsdekreten nicht rütteln lässt.

Zukunftsfonds gibt Fördermittel frei

Fördermittel von insgesamt 432.000 Euro hat der Deutsch-tschechische Zukunftsfonds für weitere gemeinsame Projekte freigegeben. Darüber entschied der Verwaltungsrat des Fonds am 19. September in Prag. Erfreulicherweise seien kontinuierlich neue Projektpartner und Projektformate hinzugekommen, sagte Martin Kastler, Verwaltungsratsvorsitzender des Zukunftsfonds. „Welche Zukunft wollen wir“ - so lautet das Jahresthema des Fonds, der „sinnstiftende Zukunftsvisionen“ für Europa entwickeln will.

Aus der Redaktion

Schmerz und Verlust

Von Gernot Facius

Zugegeben, es ist keine leichte Sache, die Jugend für die Themen von Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihren Siedlungsgebieten im Osten zu interessieren. Von den meisten der meinungsbildenden Medien wurde dieses Geschichtskapitel klein gehalten; die „Sudetenspost“ hat das des Öfteren thematisiert, und sie wird dies, dem Wunsch vieler Leser folgend, weiter tun. Doch klagen allein hilft nicht. Es muss auf gesellschaftlicher Ebene etwas getan werden, die Nachkriegsgeneration mit dieser komplexen Materie vertraut zu machen. Pädagogen und Historiker berichten, dass es selten gelinge, Schulklassen für den Besuch einschlägiger Ausstellungen zu gewinnen. Woran das wohl liegen mag? Vertreibung wurde lange verdrängt, es war nicht opportun, über den Schmerz des Heimatverlustes zu reden oder zu schreiben. Ein verminntes Thema, dem man lieber aus dem Weg ging. Zaghafte Ansätze einer schulischen „Ostkunde“ wurden verteuft. Doch in jüngerer Zeit melden sich in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern immer mehr Autoren zu Wort, die die Geschichte ihrer Familie aus Schlesien, Ostpreußen oder dem Sudetenland, um nur einige verlorene Gebiete zu nennen, erzählen. Sie suchen beim Schreiben ihre eigene Identität zu finden. Die Frage ist: Wie gehen die Schulen mit diesen literarischen Zeugnissen und ganz allgemein mit dem Thema Vertreibung um? Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier, Sohn einer Donauschwäbin und 2017 in

Augsburg mit dem Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft ausgezeichnet, tritt dafür ein, neue Wege zu beschreiten: „Wir müssen in den Schulen ein Bedürfnis erzeugen, sich damit zu befassen.“ Bouffiers Wiesbadener Landesregierung kann sich zu Recht darauf berufen, einiges unternommen zu haben, um das Vertreibungsthema im Unterricht zu verankern. Dass das nicht alles sein kann, dessen ist auch er sich bewusst. Denn, so sagt der hessische Regierungschef, ebenso wichtig sei es, die Neugier auf die Herkunft der Großeltern auch jenseits der Schule zu wecken. Lebenserfahrung sei wertvoll, wenn man anderen davon berichten könne. Die Themen, die man bearbeiten kann, liegen – salopp ausgedrückt – „auf der Straße“. In diesem Herbst steht die Erinnerung an die Gründung des deutschen Autonomiegebietes an der Wolga, aus dem sechs Jahre später eine autonome Republik für die wolgadeutschen Siedler in der damaligen Sowjetunion hervorgegangen ist, auf dem Kalender. Wird man dieses historische Datum in den Schulen nutzen, um auf die Sorgen und Nöte der Spätaussiedler aus dem ehemals kommunistischen Machtbereich hinzuweisen? Bouffier ist jedenfalls gespannt, „was hierzu im Herbst von den Schulen zurückgemeldet wird“. Ja, gespannt darf man sein, begegnet man doch den Russlanddeutschen, die fest in ihren, auch religiösen, Traditionen verwurzelt sind, im Westen oft mit unverhohlener Skepsis, wenn nicht gar mit Ablehnung.

Das Angstthema der Deutschen

Die Zuwanderung aus Nahost und Afrikas bleibt das große Angstthema der Deutschen. Fast zwei Drittel (63 Prozent) befürchten eine Überforderung durch mehr Asylbewerber - das ist das Ergebnis einer Umfrage der R+V-Versicherungen in Wiesbaden.

Die Demoskopien ermittelten eine Steigerung um sechs Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Ebenfalls zwei Drittel befürchten, dass es zu Spannungen durch den Zuzug von mehr Ausländern kommt (+ zwei Prozentpunkte). Am größten ist die Besorgnis bei Bürgern in Sachsen-Anhalt (77 Prozent) und Bayern (75 Prozent).

Folgt man den Ergebnissen dieser Umfrage, dann ängstigen sich die Deutschen am meisten vor weltpolitischen Gefahren durch das Verhalten des amerikanischen Präsidenten Donald Trump (69 Prozent). Diese Sorge ist in allen Altersgruppen am größten. Stark zugenommen hat auch die Furcht vor einer Überforderung der Politiker (61 Prozent, eine Zunahme um sechs Punkte). Das sei für die deutschen Politiker ein katastrophales Urteil, kommentierte der Heidelberger Politologe Professor Manfred G. Schmidt. Für die Studie wurden im Juni und Juli 2.400 Personen befragt.

Als die Synagogen brannten

Auch das ist ein Datum, an das es im Jahr 2018 zu erinnern gilt: Vor 80 Jahren, am 9. Oktober 1938, brannten im Deutschen Reich, zu dem damals Österreich und das Sudetenland gehörten, die Synagogen – eine lange vorbereitete Aktion der Nationalsozialisten gegen die jüdischen Mitbürger. Die Ermordung eines Legationssekretärs der Deutschen Botschaft in Paris durch einen jungen Juden war ein gesuchter Anlass, denn der antisemitische Kampf war schon fünf Jahre im Gange. Im Deutschen Ostdienst (04/18) zählte der sudetendeutsche Kirchenhistoriker Professor Dr. Rudolf Grulich auf: „Da Österreich seit März 1938 bereits an das Reich angeschlossen war und in der Folge des Münchener Abkommens am 1. Oktober die Wehrmacht ins Sudeten-

land einrückte, loderten auch von Eger bis Troppau die Flammen. Beispielhaft seien Aussig, Böhmisches Leipa, Brüx, Eger, Komotau, Franzensbad, Königstein an der Eger, Reichenberg, Marienbad, Falkenau, Tachau, Teplitz und Trautenau genannt.

Wo kein Brand gelegt wurde, zerstörte man das Innere. In der Resttschechei, die am 15. März 1939 zum Protektorat Böhmen und Mähren wurde, holte man die Zerstörung durch Sprengung und Abtragung der Synagogen nach. Das geschah in Olmütz unmittelbar einen Tag nach dem Einrücken der Wehrmacht, in der Folge dann in Brünn, Budweis, Iglau und Kremsier, aber auch in tschechischen Gebieten, wo tschechische Faschisten Hand anlegten wie in Klattau.“

Südtirol ist wieder ein Thema

Römische Empörung über Wiener Doppelpass-Vorstoß

Sudetendeutsche und Südtiroler eint ein ähnliches Schicksal. Beide wurden Opfer der Politik, beide wurden nach dem 1. Weltkrieg in einen fremden Staat gepresst, in beiden Fällen konnte von freier Selbstbestimmung keine Rede sein. Die Deutschen aus Böhmen, Mähren und Österr.-Schlesien waren stets solidarisch mit ihren Landsleuten hinter dem Brenner. Sie sind es auch in diesen Tagen wieder. Südtirol bleibt ein Thema – ein Streitthema zwischen der Regierung in Rom und der in Wien regierenden Koalition aus ÖVP und FPÖ. Stein des Anstoßes für Italien: Sieben Zeilen im Regierungsprogramm der Wiener Koalitionäre, mit denen jetzt Ernst gemacht werden soll. Auf Seite 31 dieses Programms wurde Ende 2017 unter dem Titel „Doppelstaatsangehörigkeit neu denken“ in moderater Form angekündigt, dass „in Aussicht genommen wird“, den Südtiroler Volksgruppen deutscher und ladinischer Muttersprache zusätzlich zum italienischen den österreichischen Pass anzubieten („Sudetenpost“ 01/18).

Gegenwärtig zieht die italienische Regierung alle Propagandaregister, um aus dieser Ankündigung eine Staatssaffäre zu machen. „Unangebracht“ und „seltsam“ nannte das römische Außenministerium die Wiener Pläne. Die Regierung in Rom habe erfahren, dass eine (österreichische) Regierungskommission bereits ein Gesetz für eine doppelte Staatsbürgerschaft der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler vorbereitet, erklärte das Außenministerium. „Diese Initiative ist wegen ihrer potentiell Unruhe stiftenden Wirkung unangebracht.“ Diese Ansicht vertrat auch Außenminister Enzo



ÖVP und FPÖ (im Bild Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache) wollen eine Doppelstaatsangehörigkeit für Südtiroler.

Moavero Milanesi. Und dann folgte ein direkter Angriff auf die Regierung in Wien, mit der Rom in vielen Fragen, insbesondere in der Flüchtlingspolitik übereinstimmt. Es sei ein ungewöhnlicher Vorgang, dass die österreichische Regierung als derzeitige EU-Ratsvorsitzende ein Gesetzesvorhaben vorantreibe, das dazu angetan sei, Zwietracht zu schüren, statt „sich auf Taten zu konzentrieren, die einen und die gegenseitige Eintracht zwischen den zwischen den Ländern fördern“, schrieb das Ministerium in einer offiziellen Erklärung und operierte mit dem Begriff einer europäischen Staatsbürgerschaft. Wörtlich hieß es: „Die Initiative ist im Übrigen auch wirklich seltsam, wenn man bedenkt, dass mit dem Ziel, die Bürger der EU-Mitgliedsstaaten zu vereinen, schon die entsprechende europäische Staatsbürgerschaft existiert,

wie es die Aufschrift auf allen Pässen zeigt.“

Was in der (künstlichen?) Aufregung in der römischen Amtsstube übersehen oder bewusst ausgeblendet wurde: Bundeskanzler Sebastian Kurz hatte bereits vor Monaten gesagt, jegliche Veränderungen würden nur „in enger Abstimmung mit Italien“ vorgenommen. Auch in dem entsprechenden Passus des Wiener Regierungsprogramms ist von einem Vorhaben „im Geiste der europäischen Integration“ die Rede. Die Wiener Bekehrungen werden am Tiber überhört. Denn dort wird befürchtet, die Initiative der ÖVP-FPÖ-Regierung könnte weitere Unabhängigkeitsbestrebungen in der Provinz Südtirol wieder befeuern; bei der letzten Volkszählung im Jahr 2011 hatten 70 Prozent der Südtiroler angegeben, deutschsprachig zu sein. In Wahrheit, so viel ist bis jetzt klar, würde eine

Doppelpasslösung am politischen Status Südtirols nichts ändern. Warum das so ist? Die Entscheidung für einen zweiten Pass wäre eine rein persönliche Angelegenheit ohne gesamtpolitische Aussagekraft. So hatte bereits Ende 2017 die Zeitung „Dolomiten“ (Bozen) Rechtsexperten zu Wort kommen lassen. Und daran dürfte sich nichts geändert haben.

Enttäuschung über Flüchtlingsgipfel

Tschechien hat beim informellen EU-Gipfel Treffen in Salzburg die Pläne für ein Treffen der Mitgliedsstaaten mit afrikanischen L ä n d e r n



unterstützt. Dies teilte Premier Andrej Babiš (Bild) mit. Zugleich zeigte sich der tschechische Regierungschef enttäuscht von der Debatte über die Flüchtlingspolitik. Seinen Aussagen nach beharren einige EU-Länder auf der Umverteilung von Flüchtlingen innerhalb Europas. Tschechien lehnt die Aufnahme von Migranten kategorisch ab.

„Anpassung“ - keine „Änderung“

Gericht weist Klage gegen SL-Satzungsänderung ab

Die eine Seite kann ihren Triumph nicht verhehlen, die andere ist in eine Art Schockstarre verfallen: Das Landgericht München I hat die Klage gegen die Beschlüsse - einschließlich der seit mehreren Jahren umstrittenen Satzungsänderungen - der XVI. Sudetendeutschen Bundesversammlung vom August 2017 - abgewiesen; der Einspruch des SL-Mitglieds Rüdiger Stöhr (München) gegen das Ergebnis der Bundesversammlung wurde teilweise für unzulässig erklärt. Die SL in Deutschland steht nun allerdings vor der nicht leichten Aufgabe, den innerverbandlichen Frieden wiederherzustellen. Diplomatie ist gefragt.

Nach Ansicht des Gerichts war die Bundesversammlung vom 27./28. August 2017 durchaus befugt, die dort getroffenen Beschlüsse, Wahlen und Berufungen vorzunehmen: „Grundsätzlich gilt, dass als Ausdruck der Vereinsautonomie Vereinsmitglieder in einer späteren Mitgliederversammlung auch über bereits zuvor geregelte oder abgelehnte Beschlussgegenstände erneut abstimmen können.“ Dann folgt ein Satz, der sich gegen die Auffassung

des Klägers richtet. Für die Änderung des unter SL-Mitglieder umstrittenen Paragraphen 3 der Satzung sei es „nicht erforderlich, dass alle Mitglieder des Beklagten diesen Änderungen zustimmen“. Denn die entsprechenden Satzungsänderungen stellten keine Änderung des Vereinszwecks dar, argumentierte das Gericht. Eine Anpassung der Ziele des Vereins „unter Aufrechterhaltung der bisherigen Leitidee“ an den Wandel der Zeit stelle keine dem Einstimmigkeitserfordernis unterliegende Änderung des Vereinszwecks dar, ebenso wenig eine Ergänzung oder Beschränkung des Vereinszwecks unter Aufrechterhaltung der bisherigen grundsätzlichen Zweckrichtung, heißt es im spröden Juristendeutsch. Zudem wird betont, dass die Vertretung und die Förderung des sozialen Zusammenhalts der Personen, die im Zuge des Zweiten Weltkrieges und der beginnenden europäischen Nachkriegsordnung aus den sudetendeutschen Gebieten flüchten mussten, durch die Änderung unverändert bleiben“. Man beachte: „flüchten mussten“! Des Weiteren sei festzuhalten, heißt es in dem

„Endurteil“, dass die Sudetendeutsche Landsmannschaft auch nach ihrer neuen Satzung an einem „Ausgleich vertreibungsbedingten Unrechts“ festhalte: „Indem diese Vereinszwecke in den Kontext der Europäischen Einigung und der als Teil der Grundfreiheiten des Binnenmarktes begründeten Freizügigkeit gestellt werden, wird der Vereinszweck den mit dem Ende des Kalten Krieges und der Europäischen Einigung eingetretenen Änderungen angepasst.“ Kurzum, die Änderung des Paragraphen 3 der Satzung erweise sich insgesamt als eine „Anpassung“, nicht aber als „Änderung“ des Vereinszwecks.

Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe der „Sudetenpost“ lagen so gut wie keine Kommentare von Gliederungen der SL vor. Am deutlichsten äußerte sich Anfang September die SL-Kreisgruppe Bonn. Kreisobmann Dr. Rudolf Landrock sprach von „erfreulichen“ Nachrichten: „Damit endet hoffentlich dieser unsägliche Rechtsstreit, der nur Zeit und Mühe gekostet, unsere Volksgruppe aber in keiner Weise weitergebracht hat.“

Zitiert

„Meine Töchter fragten, wohin ich gehe. Zu einer Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen, war meine Antwort. ‚Und wer sind das, die Vertriebenen, fragten sie. ‚Das seid ihr‘, antwortete ich. Da staunten meine Töchter.“

Der Berliner Innensenator Andreas Geisel in seiner Rede beim Tag der Heimat in der deutschen Hauptstadt. Die Eltern und Großeltern seiner Frau sind Vertriebene aus Schlesien.

„Es war ein Fehler, 2,5 Millionen der klugen und fleißigen Menschen im Jahr 1945 zu vertreiben. Dank dieser Menschen könnten wir heute mehr Wohlstand haben. Jetzt haben wir das, was wir wollten.“

Der frühere Vorsitzende der tschechischen Partei TOP-09, Miroslav Kalousek, in der Internet-Zeitung „Express“

Fotos: Gertrude Dwornikowitsch



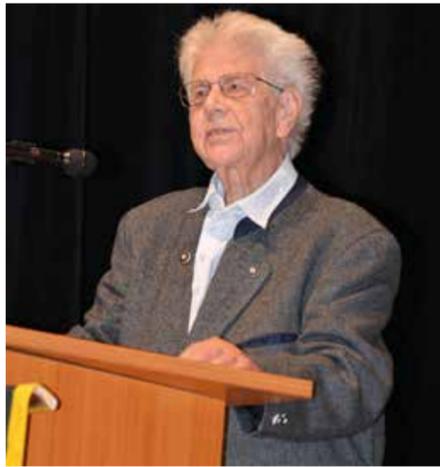
Babenberger Halle: Klosterneuburger Stadtmusik, Fahnen- und Trachtenträger.



Ehrung von Gertrude Sassmann - unsere langjährige „Finanzministerin“ - mit der Silbernen Ehrennadel des VLÖ.



Anneliese Kitzmüller solidarisierte sich als Dritte Nationalratspräsidentin mit uns.



Leo Zahel, Vorsitzender der Seliger-Gemeinde, bei seinen Grußworten, die er als Zeitzeuge anlegte.



Der Festzug bewegt sich zum Sudetendeutschen Platz.



Totengedenken durch Ansprache von Hans-Günter Grech am Mahnmahl.

Sudetendeutscher

Der diesjährige Heimattag in der Klosterneuburg fand am 16. September statt. Als Ehrengäste konnten begrüßt werden: Festredner Landtagspräsident von NÖ, Mag. **Karl Wilfing** – der schon als Bgm. von Poysdorf, als Patenstadt des Nikolsburger Kreises – vorbildlich Patenschaft gelebt hat! III. NR-Präsidentin **Anneliese Kitzmüller**, die in dieser Funktion neu bei uns war – ist sie doch als Obfrau der Buchenlanddeutschen eine von uns – und langjährige Vertriebensprecherin der Freiheitlichen, unseren Patenonkel und Bgm. von Klosterneuburg, Mag. **Stefan Schmuckenschlager**, den Vertreter der ČR-Botschaft, Botschaftssekretär **Daniel Štech**, Prälat **Karl Rühringer** – unser Landsmann aus Groß Tajax – und danken für die Festmesse, die er mit uns gefeiert hat, L-Präs.a.D. **Johann HERZOG** – als Präsident der Freiheitlichen Akademie, Botschafter i.R. Dr. Hans-Martin Windisch-Grätz / Südböhmen. Vom Verband deutscher altösterreichischer Landsmannschaften in Österreich – dem VLÖ wurden begrüßt: Präs. DI **Rudi Reimann** und Gattin **Edith**, die Finanzchefin **Gerti Dwornikowitsch** – auch als Fotoreporterin im Einsatz, Generalsekretär NR-Abg. a.D. Ing. **Norbert Kapeller**, GR a.D. DI **Franz Lebeth** aus Klosterneuburg, Obmann **Dr. Herbert Knauthe** vom Neuen Klub, Seliger-Gemeinde **Leo Zahel** und **Gerda Neudecker**, ÖLM DI **Ulrike Raich** und **Norbert Prohaska**, **Stefan Szaghy**- Karpantendeutsche, Ing. **Josef Wagner** – Schwabenverein, Vertreter der Sudetenverbindungen VdSt Sudetia u. Bruna-Sudetia, Vertreter der Sdd Jugend und Mittleren Generation und Vertreter der SLÖ-Bundes-, Landes- und Heimatgruppen – Amtswalter. In seinen Eingangsworten berich-

tete Zeihsel in der Babenbergerhalle über das Schreiben der SLÖ – das erst kurz vor dem Treffen an Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Berlin ging – das Bezug auf den Besuch des tschechischen Präsidenten Miloš Zeman vom 19. bis 21.9. in der Bundesrepublik nahm (siehe den Brief Seite 5 unten). Dann erinnerte Zeihsel daran, dass vor mehr als 80 Jahren das **Münchener Abkommen** – mit vorheriger **Prager Abtretung** durch die ČSR-Führung – mit Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland beschlossen wurde, das die Reparatur des Diktatfriedens von **St. Germain** nach dem 1. Weltkrieg vollzog; die Angliederung der mehrheitlich deutschen Gebiete



Grußworte von Bürgermeister und Patenonkel Stefan Schmuckenschlager.

der ČSR an das Deutsche Reich – was für die unterdrückten Sudetendeutschen – vorerst – eine Befreiung vom tschechischen Joch bedeutete. Die **Schlussworte** des Heimattages sprach der Wissenschaftsreferent der SLÖ, **Mag. Wolf Kowalski**. Er bedankte sich insbesondere bei den teilnehmenden Landsleuten für ihr Erscheinen, denn es ist allen bewusst, dass zunehmendes Alter und Gebrechlichkeit für viele Sudetendeutsche ein Hindernis geworden sind, zu solchen Veranstaltungen zu kommen. Erfreulich sei auch die Teilnahme zahlreicher Ehrengäste aus Politik und Kultur, **denn das dokumentiere die Solidarität** großer Teile der österreichischen Öffentlichkeit mit den Anliegen der Heimatvertriebenen. Natürlich muss man andererseits feststellen, dass vor allem manche Journalisten sich die tschechische Entschuldigung für die Vertreibung zu eigen gemacht haben, dies wäre nur eine gerechte Vergeltung für die Vertreibung der Tschechen aus dem Sudetenland im Herbst 1938 gewesen. In diesem Zusammenhang wies der Referent dar-

der ČSR an das Deutsche Reich – was für die unterdrückten Sudetendeutschen – vorerst – eine Befreiung vom tschechischen Joch bedeutete. Die **Schlussworte** des Heimattages sprach der Wissenschaftsreferent der SLÖ, **Mag. Wolf Kowalski**. Er bedankte sich insbesondere bei den teilnehmenden Landsleuten für ihr Erscheinen, denn es ist allen bewusst, dass zunehmendes Alter und Gebrechlichkeit für viele Sudetendeutsche ein Hindernis geworden sind, zu solchen Veranstaltungen zu kommen. Erfreulich sei auch die Teilnahme zahlreicher Ehrengäste aus Politik und Kultur, **denn das dokumentiere die Solidarität** großer Teile der österreichischen Öffentlichkeit mit den Anliegen der Heimatvertriebenen. Natürlich muss man andererseits feststellen, dass vor allem manche Journalisten sich die tschechische Entschuldigung für die Vertreibung zu eigen gemacht haben, dies wäre nur eine gerechte Vergeltung für die Vertreibung der Tschechen aus dem Sudetenland im Herbst 1938 gewesen. In diesem Zusammenhang wies der Referent dar-



Im Festzug dominierten die sudetendeutschen Wappentücher.

Heimattag in der Patenstadt Klosterneuburg



Prälat Rühringer bei der Messe in der Stiftskirche.

auf hin, dass derartige tschechische Behauptungen leicht zu widerlegen sind. Dann nahm der Referent auf die Ausführungen der **Nationalratspräsidentin Kitzmüller** Bezug, die sich auf die so hoch gepriesene Willkommenskultur bezogen. Es wurde ergänzend darauf hingewiesen, dass damals die österreichische Politik weit davon entfernt war, die nach Österreich vertriebenen Sudetendeutschen freudig willkommen zu heißen, vor allem aus der sowjetischen Besatzungszone wurden hunderttausende nach Deutschland abgeschoben, und auch sonst stießen die hier Gestrandeten vielfach auf blanke Ablehnung der Einheimischen. Schließlich dankte Prof. Kowalski dem Festredner, Landtagspräsident Mag. Wilfing, für seine Aussage, dass die Beneš-Dekrete eigentlich keinen Platz in der europäischen Wertegesellschaft hätten.

Festrede von Landtagspräsident Karl Wilfing

Der von der Sudetendeutschen Landsmannschaft ausgerichtete Heimattag ist auch heute noch Zeuge von einem Unrecht, das nach dem Zweiten Weltkrieg seinen Ausgangspunkt mit der Vertreibung von zehntausenden Menschen aus ihrer Heimat fand. Viele flohen ins Weinviertel, wo beispielsweise seit Jahrzehnten das jährliche Südmährertreffen am Kreuzberg bei Kleinschweinbarth stattfindet, an dem ich selbst immer wieder gerne teilnehme. Gerade meine Heimatregion ist eng mit den Anliegen der Vertriebenen verbunden – so ist Poysdorf beispielsweise seit 30 Jahren in einer Partnerschaft mit den Südmährern des Kreises Nikolsburg. Das Ende des Krieges 1945 beendete ein Terrorregime, das unglaubliches Leid in ganz Europa hervorrief. Die folgenden Ereignisse waren jedoch ebenso unrecht – das wird heute oft vergessen. Bis 1947 wurden 2,9 Millionen Menschen – egal ob kleines Kind, oder erwachsener Mann - auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur deutschen Bevölkerung pauschal zu Staatsfeinden erklärt und ausgebürgert. Sämtliches Eigentum wurde verstaatlicht. Heute wissen wir, dass diese Vertreibung und Enteignung auf Grund einer pauschalen und ethnisch motivierten Verurteilung erfolgte. Für uns ist daher klar, dass die Beneš-Dekrete klar verurteilt werden müssen, denn sie sind Unrecht und verletzen die rechtlichen aber vor allem auch moralischen Standards der EU.



Österreich hat hier auch klare Worte gefunden: In einer 4-Parteien- (SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ) Erklärung aus dem Jahr 2007 heißt es, dass die Beneš-Dekrete und das Straffreistellungsgesetz vom 8. Mai 1946 „die moralischen und rechtlichen Standards der EU grob verletzen“ und die Ausgrenzung der Sudetendeutschen von den tschechischen Restitutionsgesetzen „als menschenverachtend zu

verurteilen sind und folglich eine Diskriminierung von EU-Bürgern darstellt“. Wir erwarten uns von Tschechien daher eine gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte und auch, dass nicht weiterhin Umschreibungen anstatt klarer Worte für die seinerzeitigen Vorgänge Verwendung finden. Im Europa von heute wären die Geschehnisse von 1945 in dieser Form nicht mehr denkbar. Die EU ist nicht nur als Behörde, Institution in Brüssel, als Wirtschafts- markt oder politisches Konzept zu sehen. Europa ist in erster Linie ein Friedensprojekt, eine europäische Idee, die als Antwort auf geschichtliche Erfahrungen in Europa entstanden ist und umgesetzt werden konnte. Dieses vereinte Europa hat uns – trotz aller Schwierigkeiten in den vergangenen Jahren - die längst anwährende Friedensperiode in der Geschichte gebracht. Ist nach den beiden Weltkriegen die Vision eines geeinten Europas noch undenkbar gewesen, so ist sie heute Wirklichkeit und ich bin dankbar, dass meine Töchter und Enkel in diesem Europa leben und aufwachsen dürfen. Die Erhaltung des Friedens innerhalb der EU ist zudem

in der EU-Verfassung verankert: „Ziel der Union ist es, den Frieden, Ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“ Denn wir dürfen nicht vergessen: Frieden sichert Freiheit. Um es in den Worten des deutschen Politikers Karl Theodor von Guttenberg (sen.) zu fassen: „Den Raum für Freiheit zu schaffen ist Aufgabe der Politik. Die Freiheit sich selbst zu verwirklichen, ist Sache aller und eines jeden.“ Der Heimattag der SLÖ trägt daher aus meiner Sicht dazu bei, dass wir nicht vergessen wie wichtig die Sicherstellung von Freiheit und Frieden sind. Unsere Ziele müssen auch weiterhin Versöhnung, Verständigung und ein gut funktionierender Dialog sein, durch den wir bewegen und aufarbeiten können.

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Wien, 12.09.2018

Betreff: Besuch von Präsident Miloš Zeman vom 19. bis 21. September; erfolgreiche Gespräche zur Vertiefung der europäischen Integration auf Basis der gemeinsamen europäischen Werte

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel!

Der Präsident der Tschechischen Republik Miloš Zeman wird vom 19. bis 21. September die Bundesrepublik Deutschland besuchen, um mit Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, wie auch mit Herrn Bundespräsidenten Dr. Frank-Walter Steinmeier und Herrn Ministerpräsidenten von Brandenburg Dr. Dietmar Woidke zu Fragen der Euroregionen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sprechen. Weitere Themen der Gespräche in Berlin sind angeblich, so die Verlautbarung aus Prag, die Innenpolitik beider Länder, die Reform der Europäischen Union, der europäische Haushalt, die Wahlen zum Europaparlament, die Migration und die Beziehungen zu Russland.

Der letzte deutsche Bundeskanzler hat bekanntlich eine Reise nach Prag offiziell abgesagt, nachdem Miloš Zeman die Sudetendeutschen als „Hitlers Fünfte Kolonne“ bezeichnet und die Vertreibungsverbrechen „moderater als Todesstrafe“ bewertet hat.

Wir können nur hoffen, dass derartige Menschenverachtende und die Opfer verhöhnenden Aussagen nicht mehr möglich sind, und wollen dazu beitragen, dass die grenzüberschreitende territoriale Zusammenarbeit in einem Europa der Regionen getragen ist von Respekt und Verständnis für die Diversität der gewachsenen Kulturen.

Wir wünschen daher erfolgreiche und gedeihliche Gespräche im Sinne einer Vertiefung der europäischen Integration auf der Basis der gemeinsamen europäischen Werte, und bitten Sie daher auch um Ihre Hilfe und Ihren Einsatz, dass die Menschenrechtswidrigen Vertreibungsdekrete sowie alle jene Gesetze auch formal außer Kraft gesetzt werden, die eine Verfolgung von Taten gegen Leib und Leben unmöglich machen, und die den elementarsten Prinzipien der Menschenrechte in Europa und in den Vereinten Nationen diametral widersprechen.

Deutschsprachige und tschechischsprachige Bürger haben im alten Habsburgerreich jahrhundertlang friedlich und wirtschaftlich äußerst erfolgreich zusammengelebt.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, helfen Sie mit, dass diese Bürger im Sinne der Fundamente der Europäischen Union heute wieder ohne Vorbehalte zusammenfinden können!

Ein erster Schritt dorthin ist es, mit der Rückgabe der zigtausend beschlagnahmten Kunstwerke (Raubkunst), die sich in tschechischen Museen und Amtsräumen befinden, an ihre ursprünglichen Eigentümer endlich zu beginnen. Die Republik Österreich und die Bundesrepublik Deutschland haben diesen Schritt der Gerechtigkeit längst hinter sich gebracht.

Mit vorzüglicher Hochachtung

LAbg.a.D. Gerhard Zeihsel
SLÖ-Bundesobmann



Herbsttagung über „München 1938“

Die Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) e.V., 1981 von dem aus Aussig stammenden Historiker Dr. Alfred Schickel gegründet, lädt für den 3. November zu ihrer traditionellen Herbsttagung in den Vortragssaal der Kurfürstlichen Reitschule zu Ingolstadt ein. Unter anderem wird Claus Hörrmann, ehemals stellvertretender Bundesvorsitzender der SL, über „Das Münchner Abkommen 1938: Diktat oder Ausgleich? Anmerkungen zu einem strittigen Thema europäischer Geschichtsschreibung nach 80 Jahren“ referieren. Die ZFI wird nach dem plötzlichen Tod von Dr. Schickel im Herbst 2015 seit Juni 2016 dem Journalisten Gernot Facius, geboren 1942 in Karlsbad, ehemaliger Stellvertreter der Chefredakteur der Tageszeitung „Die Welt“ (Berlin), geleitet. Er ist für Auskünfte und Anmeldungen unter der Email familiefacius@t-online.de oder unter 0172-4137150 zu erreichen.

Das Leid der Aramäer

Kurden in Nordost-Syrien bedrängen Christen

Sudetendeutsche sind durch eigene leidvolle Erfahrung sensibilisiert für die Gefahr von kollektivem Unrecht, wo immer es in der Welt geschieht, und sie fühlen mit Minderheiten, denen die kulturelle und politische Marginalisierung droht. Aktuelles Beispiel: Die Schließung aramäischer Schulen im kurdisch dominierten Nordosten Syriens durch Erlässe der kurdischen Selbstverwaltung. Dem Bundesverband der Aramäer in Deutschland liegen Kopien dieser mit amtlichem Stempel versehenen Beschlüsse vor. Die Anordnungen betreffen unter anderem Schulen in Derik und Darbasiya, die zur syrisch-orthodoxen Kirche gehören, sowie weitere Schulen der armenisch-orthodoxen Kirche. Daniyel Dermir, der Vorsitzende des Bundesverbandes der Aramäer in Deutschland, verurteilte die Entscheidungen durch die kurdische Selbstverwaltung: „Mit dem Streben nach Autonomie beziehungsweise einem unabhängigen

kurdischen Staat häufen sich in immer aggressiverer Form Zwangsmaßnahmen der kurdischen Stellen und Milizen wie Enteignungen, Landraub, kulturelle Marginalisierung bis hin zu Zwangsrekrutierungen von jungen Männern, die an die Front im Kampf gegen das türkische Militär und dessen dschihadistische Hilfstruppen geschickt werden.“ Bereits in den vergangenen Jahren hatte der Bundesverband über zunehmende Einschüchterungen, Übergriffe, Wegnahme von Eigentum und Entführungen junger aramäischer und armenischer Männer berichtet, zuletzt Anfang 2018. Die Aramäer in Syrien, so Daniyel Demir, würden zwischen den jeweiligen Konfliktparteien und deren „Macht- und Ausdehnungsinteressen“ zerrieben. Wenn von außen, insbesondere von der Regierung in Berlin, kein Druck auf die Türkei und die Kurden ausgeübt werde, die Aramäer nicht in ihren seit Jahrzehnten andauernden Konflikt hineinzuziehen, dann würden

die in Nordsyrien verbliebenen aramäischen Christen fliehen mit dem Ergebnis, dass dann auch die so genannten Kurdengebiete vollständig „entchristianisiert“ würden. Demirs Appell: Die Bundesregierung sollte gemeinsam mit den Aramäern in Deutschland und Europa nach Lösungen suchen, um den Druck auf die Aramäer in Nordsyrien zu verringern, „damit sie in ihrer angestammten Heimat bleiben können“. Die Aramäer - eine semitische Völkergruppe, bedrängt vom Islam - sind mehrheitlich Mitglieder verschiedener Ostkirchen: der Orthodoxen Kirche, der Maronitischen Kirche der Alten Kirche des Ostens, der Assyrischen Kirche des Ostens und der Chaldäisch-Katholischen Kirche. Sie leben heute, bedingt durch die Kriegshandlungen in ihren Heimatgebieten, zu großen Teilen in der Diaspora, vor allem in Europa und den USA. Die größte aramäische Gemeinde in Deutschland befindet sich im ostwestfälischen Kreis Gütersloh.

Königgrätz 1866 - eine blutige Entscheidung

Königgrätz, im 10. Jahrhundert eine Burgsiedlung am Zusammenfluss von Elbe und Adler, hat sich durch die bekannte Schlacht vom 3. Juli 1866 zwischen Preußen und dem Kaiserreich Österreich für immer in die Geschichte Mitteleuropas und unser Bewusstsein eingegraben. Sie war schon 1225 von König Přemysl Ottokar 1. zur Stadt erhoben worden, mehrfach eine Stadt der Königinnen, im 15. und 16. Jahrhundert hussitisch und dann dem Luthertum zugewandt und spielte kulturell auch nach der Rekatholisierung eine bedeutende Rolle im tschechischen Geistesleben. Um 1990 betrug ihre Bevölkerung schon rund 100.000 Bürger. Nachdem 1848 eine Neuordnung am Gegensatz von Groß- und Kleindeutsch und dem deutschen Dualismus von Preußen und Österreich gescheitert war, verschärfen sich nach dem noch gemeinsam 1864 ausgefochtenen Krieg gegen Dänemark um Schleswig-Holstein die Spannungen zwischen Preußen, Österreich und innerhalb des Deutschen Bundes. Österreich war zudem noch 1859 in Oberitalien in Kriege gegen Frankreich und Italien verwickelt.

Auslöser des „Bruderkrieges“ wurde schließlich die preußische Besetzung Holsteins, der eine Mobilmachung aller deutschen Bundesstruppen - außer des preußischen Kontingents - auf Verlangen Österreichs folgte. Preußen hatte nur die Hälfte der Einwohner Österreichs, war aber organisatorisch, militärisch und politisch auf den im Juni beginnenden Krieg besser vorbereitet.



Gemälde von Georg Bleibtreu zeigt die Schlacht von Königgrätz.

Der amerikanische Historiker Gordon A. Craig hat den Feldzug in einer Darstellung von 1964 minutiös verfolgt (dtsh. Übersetzung 1997) und die unterschiedlichen Voraussetzungen deutlich herausgearbeitet.

Nach einem Plan des preußischen Generalstabschefs **Helmuth von Moltke** marschierten drei Armeen von Norden nach Böhmen ein: die Elbarmee in Richtung Münchengrätz, die erste Armee über Reichenberg an die Iser in Richtung Jitschin und die zweite Armee über Trautenau in Richtung Josefstadt. Die österreichisch-sächsischen Versuche, diesen Vormarsch erfolgreich abzuwehren, scheitern in mehreren Gefechten, unter anderem bei Nachod, Trautenau, Skalitz, Soor und Gitschin, wo das preußische Hauptquartier aufgeschlagen wird.

Nur bei Trautenau werden die preußischen Einheiten zeitweise zum Rückzug gezwungen. Schließlich bildete die österreichisch-sächsische Armee einen Verteidigungsring zwischen der Bistritz und der Elbe vor Königgrätz,

in dem zwischen dem Ort Sadowa (nach dem in Frankreich die Schlacht genannt wird) und Probus, wo die Sachsen zum Rückzug gezwungen werden, erbitterte Kämpfe stattfinden. Entscheidend werden neben der konzentrischen Führung der preußischen Armeen die Artillerien und das Zündnadelgewehr, das die vierfache Feuergeschwindigkeit des österreichischen Lorenzgewehres erlaubt.

Selbst der österreichische Oberbefehlshaber von **Benedek** und sein Stab geraten in höchste Gefahr, bevor sich die gesamte Armee über die Elbe und nach Königgrätz, und das unter vielfachen Schwierigkeiten, zurückziehen können. Schon vorher hatte Benedek **Kaiser Franz-Josef** um sofortigen Friedensschluss gebeten, den dieser jedoch ablehnte. Die österreichische Armee war geschlagen, sie konnte jedoch einer Umfassung entkommen.

Dieser Schlacht, die nach G. A. Craig „Weltgeschichte gemacht hat“, wohnen der preußische **König Wilhelm** mit vielem Gefolge und der preußische Mi-

nisterpräsident **Otto von Bismarck** bei, zwei Armeen wurden von preußischen Prinzen geführt. Historiker schreiben der preußischen Infanterie sowie den preußischen Schulmeistern Verdienste am Sieg von Königgrätz - ganz unterschiedlicher Art - zu. Moltkes Kriegsplan war durch den Erfolg bestätigt worden. Die Verluste an Toten, Verwundeten, Vermissten und Gefangenen auf österreichischer Seite machten immerhin 20 % der Effektivstärke der kaiserlichen Armee aus, während die der Preußen als „bemerkenswert niedrig“ bewertet werden.

Mit Königgrätz war der Krieg bis auf Scharmützel beendet. Bismarck drängte auf einen Friedensschluss, er hatte seine politischen Ziele der Vorherrschaft in Norddeutschland und die Verhinderung einer großdeutschen Lösung erreicht. Ein Grundstein für einen deutschen Nationalstaat war gelegt, freilich unter Inkaufnahme einer **Schwächung Österreichs**. Eine Intervention Frankreichs war angesichts des kurzen Verlaufs des Feldzuges und des eindeutigen Ergebnisses kaum möglich gewesen. Es war ein Kampf um die Macht, nicht um Territorien, wenn auch Preußen sich nach Westen hin erweitert hatte.

Aber auch hier stellt sich im Nachhinein die Frage: Gab es für diese Politik mit Tausenden an Toten und Verwundeten keine Alternative?

Am Rande vermerkt: **Paul von Hindenburg** wurde der Helm durchschossen - er kam mit dem Leben davon.

Rüdiger Goldmann

Franz Martin Schindler - ein Sudetendeutscher

Im Arkadenhof der Universität Wien stehen mehrere Denkmäler - Gedenkstätten von überaus verdienstvollen Persönlichkeiten, die an der Universität Wien gelehrt und gewirkt haben. Ein markantes Denkmal erinnert an Prälat Dr. theol. Franz Martin Schindler, Univ.-Prof. für Moraltheologie, Verfasser des ersten Programms der Christlichsozialen Bewegung.

Franz Martin Schindler war Sudetendeutscher. Er wurde am 25. Jänner 1847 in **Motzdorf** (Mackov), Bezirk **Dux**, Böhmen, als Sohn eines Landwirts geboren. Dieser Ort verödete nach der „Aussiedelung“ der Deutschen (1945-1947); er ist heute nicht mehr existent. Schindler besuchte die Volksschule, dann das bischöfliche Knabenseminar in Mariaschein (Bohosudov), Nordböhmen. Anschließend absolvierte er dort das Gymnasium und maturierte im Juli 1865 am Staatsgymnasium in **Brüx** (Most). Daraufhin studierte Schindler am Priesterseminar (Philosophisch-Theologische Hauslehranstalt) in **Leitmeritz** (Litoměřice). Am 20. Juli 1869 wurde er in Leitmeritz zum Priester geweiht. Das Priesterseminar-Studium absolvierte er 1870.

Schindler war nun in der Seelsorge tätig. Die Begegnung mit den gläubigen Landsleuten hinterließen bei ihm bleibende Eindrücke. Seit Herbst 1874 studierte Schindler an der Theologischen Fakultät der Universität Wien. 1877 promovierte er dort zum Doktor der Theologie.

Ab September 1878 war Schindler supplierender Professor für Moraltheologie an der Hauslehranstalt in Leitmeritz, aber schon im darauffolgenden Jahr wurde er - als Nachfolger von Professor Wenzel Anton Frind - zum Ordinarius für Moraltheologie ernannt. Bereits in dieser Zeit befasste sich Schindler eingehend mit sozialen Fragen. Die „Freie Vereinigung katholischer Sozialpolitik“ (Sitz: Frankfurt/Main) lud ihn zu einer Tagung nach Kleinheubach (Unter-Franken) ein, an der er sehr aktiv teilnahm. Diese Tagung beeinflusste sehr stark seine Lebenseinstellung.

Ab 1879 wirkte er als Moraltheologe, seit 1874 als Kirchenrechtler an der Universität Wien.

Mit kaiserlicher Entschliessung vom 13. September 1887 wurde Schindler zum ordentlichen Professor für Moraltheologie an der Theologischen Fakultät der Universität Wien ernannt. Gleichzeitig wurde er zum k.k. Hofkaplan bestellt.

In Wien nahm Schindler Kontakte zu **Karl Freiherr von Vogelsang** auf. Vogelsang hatte in Berlin Rechtswissenschaft studiert. Er arbeitete einige Zeit im preussischen Justizdienst. Er war zunächst Protestant, konvertierte aber - nicht zuletzt auf Grund seiner Bekanntschaft mit dem Mainzer Bischof **Wilhelm Emmanuel von Ketteler**



Gedenktafel über Franz Martin Schindler.

(Mitbegründer der katholischen Soziallehre) - zum katholischen Glauben. 1874 verlegte Vogelsang seinen Wohnsitz nach Wien. Hier war er Herausgeber bzw. Redakteur verschiedener Zeitschriften - so der katholisch-konservativen Zeitung „Das Vaterland“ und der „Monatsschrift für christliche Sozialreform“. Er hatte Kontakte zu maßgebenden Persönlichkeiten im gesamten deutschen Sprachraum. Vogelsang gilt als der geistige Begründer der „Christlichsozialen Bewegung“ in Österreich. Seine Ideen beeinflussten **Karl Lueger**, Franz Martin Schindler, **Aloys Prinz von und zu Liechtenstein** und viele andere.

Vogelsang, Schindler, Lueger sowie Prinz Liechtenstein organisierten 1889 den „2. Österreichischen Katholikentag“ in Wien, der sich vorwiegend mit sozialen Fragen befasste. Dieser Katholikentag gab Anlass zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft, die eine „katholische Sozialreform“ anstrebte („Freie Vereinigung zur Behandlung der Grundelemente einer christlichen Gesellschaftslehre“). Sie sollte sich mit den **Folgen der Industrialisierung**, den **Wanderbewegungen** und deren Folgen sowie dem hierdurch entstandenen **sozialen Elend** befassen. Selbstverständlich hatte sie andere Zielvorstellungen als Marx und Engels sowie die „Sozialdemokratie“ (Klassenkampf). Aber auch der „Los von Rom“- Bewegung sollte entgegengetreten werden. Die geistigen Grundlagen der „Christlichsozialen“ waren das katholische Christentum und die Nächstenliebe.

Die Gründung der **Christlichsozialen Partei** erfolgte - auf der Grundlage des von Schindler ausgearbeiteten (und verteidigten) Programms - im Jahre 1893 durch den damaligen Rechtsanwalt Dr. Karl Lueger. Die Partei kandidierte erfolgreich bei den Wiener Gemeinderats- bzw. Bürgermeisterwahlen und

auch (mit den Deutschnationalen) bei den Reichsratswahlen (Abgeordnetenhaus). Zweimal wurde jedoch Karl Lueger von Kaiser Franz-Joseph veranlasst, das Bürgermeisteramt - trotz überwältigender Mehrheit - nicht anzunehmen; dies auf Grund eines Einspruchs aus Ungarn, aber auch heftigen Widerstandes aus österreichischen Kreisen. Lueger wurde (nur) Vize-Bürgermeister. Das dritte Mal (1897) erwirkte jedoch Schindler über den Apostolischen Nuntius Antonio Kardinal Agliardi eine positive Intervention des **Papstes Leo XIII. beim Kaiser** für Lueger. Der Kaiser stimmte nun zu. Dr. Karl Lueger wurde Bürgermeister von Wien (1897 bis 1910). Mit Nuntius Antonio Kardinal Agliardi unterhielt Schindler sehr freundschaftliche Beziehungen. Er galt als der „Türöffner für Schindler im Vatikan“.

Papst Leo XIII. (Pontifikat: 1878 bis 1903) verkündete 1891 die Enzyklika „Rerum novarum“. Es war dies die „Mutter aller Sozialenzykliken“. Leo XIII. gilt damit als der Begründer der neuen katholischen Soziallehre. Der Einfluss Wiener sozialpolitischen Gedankengutes ist aber unübersehbar. Im Jahre 1892 wurde in Wien die „Österreichische Leo-Gesellschaft“ (nach Papst Leo XIII. benannt) gegründet. Präsident war der Historiker **Josef Alexander Freiherr von Helfert**; Generalsekretär wurde Franz Martin Schindler (bis 1913). Ziel der Gesellschaft war die Förderung von Wissenschaft und Kunst auf katholischer Basis.

Beim 3. Österreichischen Katholikentag in Linz (1893) war Schindler zuständig für Presseangelegenheiten. Auf Grund seiner Initiative wurde bei diesem Treffen die Herausgabe der christlichsozialen Tageszeitung „Reichspost“ beschlossen. Von 1911 bis 1920 war Schindler auch Obmann des katholischen Pressevereins „Herold“.

Franz Martin Schindler war **Rektor** der Universität Wien während des Studienjahres **1904/1905**.

Schindler publizierte zahlreicher Werke. Die markantesten sind

- Lehrbuch der Moraltheologie (3 Bände),
- Das soziale Wirken der katholischen Kirche in Österreich (10 Bände).

Schindler war von **1907 bis 1918** Mitglied des **Herrenhauses** und von 1918 bis 1922 Konsulent für kirchliche Angelegenheiten im Unterrichtsministerium (im Range eines Sektionschefs). Seine Bestellung zum **Bischof von Linz** (1907) sowie zum **Bischof von Leitmeritz** (1910) wurde hingegen, obwohl er jeweils als Regierungskandidat nominiert worden war, durch Intrigen innerhalb der kirchlichen Hi-

erarchie sowie - im zweiten Falle - auch durch **Agitation tschechischer Kreise** verhindert.

Schindler erhielt u. a. folgende Ehrungen bzw. Auszeichnungen:

- päpstlicher Hausprälat (1893),
- Hofrat (1898),
- Apostolischer Pronotar (1913),
- Komturkreuz mit Stern des Franz-Joseph-Ordens.

Schindler verlor seine sudetendeutsche Heimat nie aus den Augen. Bereits als Seelsorger - zu Beginn seiner Laufbahn - erkannte er, wie wichtig es ist, dass das Gespräch mit den Gläubigen in deren Muttersprache geführt wird. Er betonte, dass es unumgänglich ist, in den deutschsprachigen Gebieten Böhmens deutsche Priester und Seelsorger einzusetzen. Und er sprach sich immer wieder dafür aus, dass in Westböhmen eine deutsche Diözese (Eger oder Marienbad) geschaffen werde.

Zu den Schülern Schindlers zählten **Ignaz Seipel** und **Friedrich Funder** (Chefredakteur der „Reichspost“).

Ignaz Seipel war der unmittelbare Nachfolger Schindlers nach dessen Emeritierung im Jahre 1917. Seipel brachte wiederholt zum Ausdruck, dass Schindler auf seinen wissenschaftlichen Werdegang entscheidenden Einfluß genommen habe. In seinem Nachruf auf Schindler (1922) führte Seipel an, dass Schindler auf Erden nebst Gott sein deutsches Volk am meisten und vollkommensten geliebt habe.

Franz Martin Schindler starb am **27. Oktober 1922** in **Wien**; er wurde auf dem Friedhof **Wien-Hetzendorf** in einem **Ehrengrab** bestattet.

Dr. Herbert Knauth

Mundartwörter aus Südmähren/Weinviertel Wörter des Monats:

dohwere – als Tagelöhner arbeiten
 Dreandschn – Mund
 Drudschn – dumme Frau
 Dsiwebn – Rosinen
 Dungarl – Nickerchen
 eh – ohnehin
 einschpritzn – einsegnen (Begräbnis)
 Einedrahra – Angeber
 eintrisch – seltsam, übersinnlich
 Farl – Ferkel
 fakutzn – verschlucken
 Feidahn schleissen – Ablösen der Daunen vom Federkiel

Feidl – Taschenmesser
 Fetzn – Putztuch; auch: Alkoholrausch

Spruch des Monats:

Do woan de Augn greßa ois wia da Mogn!
 Das waren die Augen größer als der Magen!

zusammengestellt von Erhard Frey

Wie das Protektorat Böhmen und Mähren gedanklich vorbereitet wurde

Vor 80 Jahren steuerte Europa auf den Zweiten Weltkrieg zu

Vom 1. bis zum 10. Oktober 1938 wurden nach dem „Münchener Abkommen“, das den enttäuschten Tschechen von ihren Verbündeten (England und Frankreich) diktiert wurde, die deutschen Randgebiete der Sudetenländer (nach dem Bevölkerungsstand von 1918) durch deutsche Truppen besetzt. Dem Anführer der Sudetendeutschen, **Konrad Henlein**, gelang es nur, „Deutsch-Böhmen“ und „Sudetenschlesien“ mit der Hauptstadt Reichenberg in einem Reichsgau zu vereinen. Südmähren und der Böhmerwald fielen schon an andere „Gäue“.

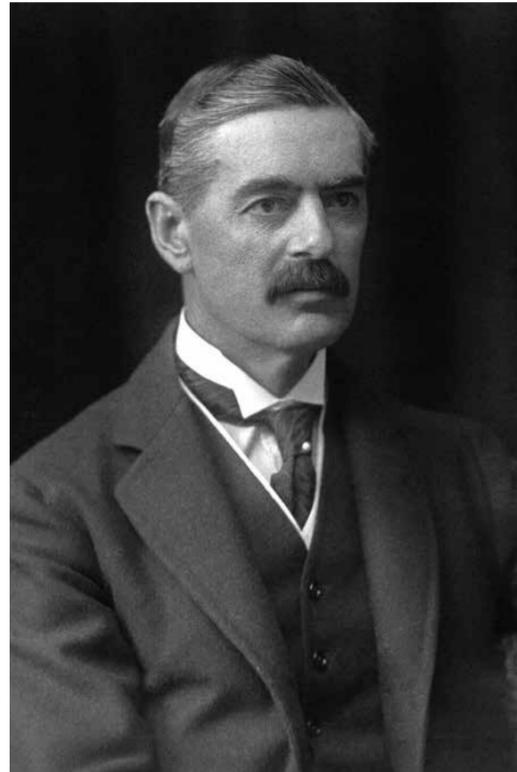
300.000 seit 1918 **eingeschleuste Tschechen** – überwiegend Beamte von Post, Bahn, Polizei, Zoll, Militär und ihre Versorger – gingen freiwillig nach Innerböhmen und Mähren zurück. Die gleiche Anzahl alteingesessener Tschechen **verblieb** im Sudetengau, wie auch in der „Tschechei“ ebenso viele **Deutsche** in Volksinseln und als Stadtminoritäten wohnen blieben. Henlein hätte sie im Sinne einer säuberlichen Trennung gern ausgetauscht, aber die „Reichsführung“ hatte andere Pläne. Konrad Henlein hatte keine politische Macht, reichsdeutsche Beamte schalteten die Verwaltung und das breite Vereins- und Selbsthilfewesen der Volksgruppe gleich. Sudetendeutsche Beamte waren nicht ausgebildet.

30.000 Sudetendeutsche, die während der „Sudetenkrise“ in Innerböhmen in primitiven Lagern interniert worden waren, kehrten aus diesen zurück. Deutsche Sozialdemokraten und Kommunisten flüchteten ins tschechische Gebiet, einige tausend, die bis zuletzt auf Seiten der Tschechen gestanden hatten, wurden von reichsdeutschen Polizeikräften verhaftet und in Konzentrationslager verbracht.

Bereits am 6. Oktober setzten die **Slowaken** unter **Pater Josef Tiso** ihre **Autonomie** durch, die **Karpato-Ukraine** folgte am 8. Oktober 1938. Die Slowaken strebten ganz offen nach voller Selbstständigkeit. **Polen** besetzte das **Olsagebiet** in Ostoberschlesien und holte sich 100.000 Polen zurück, die 1918 der ČSR zugesprochen worden waren. Dafür hatten sie in der Sudetenkrise „stillgehalten“. Anschließend aktivierten sie aber sofort ein Gesetz, das vor allem in Deutschland lebenden Juden den polnischen Pass kosten sollte. Im Zuge der „Abschiebung“ von einigen Tausend polnischen Juden wurde auch die Familie **Grünspan** aus Hannover an der polnischen Grenze interniert. Ein Sohn der Familie ermordete deshalb in Paris den deutschen Botschaftssekretär **Ernst Eduard vom Rath** und gab der nationalsozialistischen Führung den Anlass, das **Judenpogrom** vom **9. November 1938** (Jahrestag des geschei-

terten Hitler-Putsches von 1923) auszulösen, bei dem 150 Synagogen von der SA angezündet, Tausende von jüdischen Geschäften demoliert und einige tausend Juden in Konzentrationslager gebracht wurden. Diese gesteuerten öffentlichen Verfolgungen der Juden kosteten Deutschland die Sympathie, die in den westlichen Demokratien durch Einsichten in die Fehler der „Pariser Vorortverträge von 1919“ und das Bekanntwerden der undemokratischen Behandlung der Sudetendeutschen in der ČSR entstanden war. Der englische **Premier Chamberlain** hatte sich nach dem Bekanntwerden der für die Tschechen sehr negativen Berichte des englischen Vermittlers **Runciman** nicht mehr gegen die Forderung der Abtretung der sudetendeutschen Randgebiete der ČSR wenden können. Die öffentliche Meinung vor allem in Großbritannien stand voll auf Seiten der Sudetendeutschen, die seit 1933 bei Reisen zu Vorträgen in London einen guten Eindruck gemacht hatten. Nachdem die tschechischen Politiker schon Mitte September 1938 die Abtretung von deutschen Gebieten signalisiert hatten, brachten eine erneute Besetzung der deutschen Gebiete und ein Putsch in Prag eine kriegerische Zerschlagung der ČSR durch Hitlerdeutschland in den Bereich der Möglichkeiten. Großbritannien und Frankreich waren auf eine kriegerische Hilfe für ihren Verbündeten ČSR zu der Zeit nicht eingestellt. Um eine **Rest-Tschechoslowakei** zu erhalten, willigte Chamberlain in die von **Mussolini** vorgeschlagene **Konferenz von München** ein. Seiner Politik einer besseren Zusammenarbeit mit Deutschland gegen die Sowjetunion (die bei der Sudetenkrise zu einem Eingreifen auf Seiten der ČSR bereit war) wurde aber durch die Ereignisse der sogenannten „Reichskristallnacht“ alle Glaubwürdigkeit entzogen.

Am 2. November 1938 kamen durch den „Wiener Schiedsspruch“, an dem auch Italien beteiligt war, die **ungarischen Gebiete der Südslowakei** wieder zu Budapest. Damit hatte die ČSR binnen eines Monats 41.000 von 130.000 km² Fläche, zwei Drittel der Industrie und fast 5 von 14 Millionen Staatsbürgern verloren. Eisenbahnmaterial und Waffen wurden nach dem Bevölkerungsanteil übergeben. Ohne die sudetendeutschen Randgebiete war die Tschecho-Slowakei in wirtschaftlicher und verkehrsmäßiger Hinsicht von Deutschland abhängig geworden. Auch seine **Befestigungsanlagen** in den Sudeten und im Erzgebirge hatte es verloren. Die Braunkohleindustrie in Nordböhmen war schon im Frühjahr 1938 durch Verkauf des Ignaz-Petschek-Konzerns in deutsche Hände ge-



Neville Chamberlain.

kommen. Deutschland konnte also in aller Ruhe auf tschechische Angebote zur Zusammenarbeit warten. Der Handel richtete sich sofort auf Deutschland ein.

Hitler wusste um die Mobilisierung der sowjetischen Luftstreitkräfte in der Ukraine (die Sowjetunion hatte keine gemeinsame Landgrenze mit der ČSR) im September 1938. Nur die überraschende Einigung in München hatten ein Eingreifen erspart. Hitler wusste auch um die Verstimmung der Politiker in **Frankreich** über den **Anschluss von Rest-Österreich** und dem **Sudetenland**, die das Bündnissystem von **Versailles** teilweise zerstört hatten. In seinem Wahn, Deutschlands Sicherung noch zu seinen Lebzeiten zu vollenden, wollte Hitler sich möglichst schnell in den Besitz der tschechischen Luftbasis, ihrer Waffenvorräte und -industrie (immerhin 80 % der alten k.u.k. Monarchie) setzen und die Slowakei dem Anschluss an Ungarn entziehen. Außerdem ärgerten ihn kommunistische Bummelstreikversuche im tschechischen Gebiet.

Deshalb nahm er auch die erste Möglichkeit am **14. März 1939** wahr, den Reststaat **ČSR zu zerschlagen**, als tschechische Truppen die unbotmäßige Slowakei besetzt hatten und die Slowaken „um Hilfe baten“. Er zitierte den tschechischen Staatspräsidenten **Emil Hácha** und seinen Außenminister nach Berlin und zwang ihm in der gleichen Nacht noch die „Protektoratslösung“ und die Hinnahme der deutschen Besetzung auf. Die sudetendeutschen Politiker wurden von dieser Entwicklung überrascht. Sie hielten sehr wenig davon, wieder mit den Tschechen zusammen zu sein und haben sich während des ganzen Krieges an die Respektie-

rung der Protektoratsgrenze gehalten, die nur mit **Passierschein** überquert werden durfte. Sie stellten sich, wenn man vom Staatsminister **Karl Hermann Frank** absieht, auch nicht der Verwaltung zur Verfügung, die von Berlin und nicht von Reichenberg ausging. Im Protektorat galten andere Gesetze, eine andere Versorgung und andere Kulturvorschriften. Tschechen unterlagen nicht der Wehrpflicht.

Hitler hatte sich durch die Besetzung und die Errichtung des **Protektorats Böhmen und Mähren international ins Unrecht gesetzt**. Er ging über die Forderung des **Selbstbestimmungsrechtes** und die Revision von Versailles **hinaus**. Er verfolgte damit Reichs- und Großmächtsinteressen. Eine noch

anstehende Lösung des Anschlusses des rein deutschen Danzigs und einer gesicherten Verbindung zu Ostpreußen waren nun nicht mehr glaubhaft unter dem Etikett „Selbstbestimmungsrecht“ zu vertreten. Eine Abstimmung in Westpreußen nach dem Bevölkerungsstand von 1918 konnte von den Polen nicht hingenommen werden, nachdem sie erlebt hatten, dass die Tschechen nicht über die „Protektoratslösung“ abstimmen durften. Trotzdem trat Ende März Litauen das deutschbesiedelte Memelland freiwillig an Deutschland ab. Als Hitler noch im März die Lösung des Westpreußenproblems (Ostoberschlesien hatte er ausgeklammert) ins Gespräch brachte, gab es eine Polen-Garantie von Großbritannien. Er musste annehmen, dass England und Frankreich ihren Bündnisverpflichtungen gegenüber Polen nachkommen würden. Damit war auch eine Garantie für die drei Millionen polnischen Juden abgegeben worden, die sich durch die Judenverfolgung im Deutschen Reich bedroht fühlen mussten. Die polnischen Politiker fühlten sich bestärkt, dem Revisionsverlangen Hitlers in Westpreußen (in dem 1918 keine Volksabstimmung stattgefunden hatte) zu widerstehen. Eine friedliche Revision des Unrechts von Versailles war durch die Versagung des Selbstbestimmungsrechtes durch das NS-Regime für die Tschechen und die Juden in Deutschland durch brutale Machtanwendung „verspielt“ worden. Durch den Angriff auf Polen, **das sich bereits als Sieger in Berlin wähnte** und gegen die deutsche Minderheit seit Frühjahr 1939 Unterdrückungsmaßnahmen einleitete, begann - von Stalin begünstigt - der 2. Weltkrieg mit Millionen Toten, der Europa seinen Einfluss in der Welt kostete. **Georg K. Schmelzle**

Ein sudetendeutsches Schicksal am Beispiel der Familie von Maria Grönn-Schicht †

Meine Mutter Maria Schicht wurde am 24. August 1920 geboren in Großherrndorf bei Deutschgabel, ihre Heimat war das geliebte Sudetenland.

In der Heimat

Der Vater war Dipl. Ing. Gustav Schicht, dieser hatte den kleinen Gewerbebetrieb (Dreschmaschinenbau) seines Vaters Anton Schicht übernommen und baute ihn zu einer großen Fabrik mit Sägewerk und Gießerei aus, die Firma belieferte auch Österreich. Die Firma nannte sich damals „Firma Anton Schicht´s Sohn“.

Die Mutter war die Tochter des bekannten Gasthausbesitzerehepaars Kunze („Gasthaus zu den 3 Linden“). Sie hatte sehr jung mit 16 Jahren geheiratet und mit 17J den Sohn Gustav Schicht und mit 19J die Tochter Maria Schicht geboren.

Die große Firma Schicht stand auf einem Hügel, rundherum viel Grund und einige Häuser, die auch zur Firma gehörten für die Arbeiter. Zu der Fabrik gehörte auch eine Landwirtschaft mit Arbeitspferden, Schweinen, Gänsen, Hühnern etc.

Die Volksschule besuchte meine Mutter in Deutschgabel, sie fuhr manchmal mit der Kutsche zur Schule. Und bald hatte sie auch ein eigenes Reitpferd, ihre geliebte Barberina. Mit 18 hatte sie einen schweren Reitunfall mit Schädelbasisbruch, den sie nur knapp überlebte. Aber es hielt sie nicht davon ab, bald wieder zu reiten. Nach der Volksschule besuchte sie die Handelsakademie in Reichenberg. Sie war sehr gewissenhaft und verantwortungsbewusst und hatte so gute Noten, dass sie sogar eine Klasse überspringen konnte. Nach der ausgezeichneten Matura schickte ihr Vater sie nach Wien, wo sie ein Jahr in einer Wiener Haushaltsschule verbrachte. Ihr Bruder studierte ja schon an der Technischen Universität in Wien und sie verlebte dort eine unbeschwertere und wie sie erzählte glückliche Zeit.

Danach arbeitete sie im Büro der Firma Schicht mit ihrem Vater. Sie verliebte sich und heiratete im Dezember 1942 Major Hans Ender. Leider währte das Glück nicht lange, da ihr Mann sich nach dem Weihnachtsurlaub Anfang Jänner 1943 nach Stalingrad einfliegen ließ. Er war so pflichtbewusst und wollte seine Männer des Artillerieregiments 87 nicht im Stich lassen. Seit dem 22. Jänner 1943 galt er dann als vermisst, wurde dann nach Jahren für tot erklärt. Meine Mutter hat jahrzehntelang nachgeforscht und letztendlich herausgefunden, dass er seinen Mantel verschenkt hat und seine Stiefel und er sich, als die Lage aussichtslos war, erschossen haben soll. Meine Mutter arbeitete weiter im Betrieb des Vaters. Ihr Pferd Barberina wurde trächtig und es wurde trotzdem zum Krieg eingezogen, was für sie schrecklich war. Überhaupt hat sie in dieser



Die Familie Schicht nach der Ausweisung in Jenbach

Zeit viel Schlechtes erlebt, mit Russen und noch mehr mit Tschechen, wie sie betonte. Im Juni 1945 wurde der Vater verhaftet, misshandelt und fast erschossen und meine Mutter mit ihrer Mutter ausgewiesen. Ihre 2 geliebten Schäferhunde Astor und Armin mussten sie erschießen und nur mit einem Leiterwagen von dannen ziehen. Der Vater hatte das alles schon kommen sehen und gemeinsam hatten sie nachts im Wald an der nahen Grenze gusseiserne Modelle für die Landmaschinen und etwas Schmuck versteckt. Zum Glück kam der Vater durch Fürsprache frei und sie trafen sich dann alle in der Nähe von Zittau. Dort arbeitet meine Mutter auf einem Bauernhof der Tante ihres vermissten Mannes ein Jahr lang. In der Nacht buddelten sie die versteckten Maschinenteile wieder aus und das war der Grundstein für den Neubeginn.

Neubeginn in Österreich

Der Bruder war während der ganzen Zeit schon in Österreich gewesen, hat sein Studium zum Dipl. Ing. in Wien beendet und in Tirol angefangen bei den Jenbacher Werken zu arbeiten. Und dadurch war es möglich, mit den Maschinenteilen bei den Jenbacher Werken eine Lizenzerzeugung der eigenen Dreschmaschine zu beginnen. Die Lizenzerzeugung erfolgte von 1945- 1953, insgesamt 25 000 Maschinen. Meine Mutter arbeitete 3 Jahre in Innsbruck im Büro, sie suchte weiter nach ihrem Mann aber schöpfte auch wieder neuen Lebensmut.

Durch die Lizenzerzeugung kam ihr Vater wieder zu Geld und entschloss sich in St. Johann im Pongau Grund zu kaufen und mit dem Bau einer neuen Landmaschinenfabrik zu beginnen. Meine Mutter nahm schweren Herzens Abschied von Innsbruck, wo sie doch 3 schöne Jahre verbracht hat nach der Ausweisung und folgte pflichtbewusst 1950/1951 Ihrem geliebten Vater nach St. Johann im Pongau, wo sie zu zweit den Firmenaufbau begannen. Der Vater baute sich die wichtigsten Maschinen für die Erzeugung seiner neu konstruierten Putzdreschmaschine selbst, die Tochter kümmerte sich um Büro

und Haushalt, etc. Die Mutter blieb beim Sohn in Jenbach und führte ihm dort den Haushalt.

Der eigene Neubeginn in St. Johann gaben Vater und Tochter wieder viel Auftrieb nach der Vertreibung. Meine Mutter fuhr im Winter Ski und spielte im Sommer in der Freizeit Tennis, machte Ausflüge und verliebte sich und heiratete im Herbst 1953 meinen Vater Kurt Grönn. Im Jahre 1953 wurden bereits die ersten selbstgebauten Maschinen von der Firma Schicht in St. Johann ausgeliefert. Zu Weihnachten 1953 übersiedelten dann auch Mutter und Sohn von Jenbach nach St. Johann und die Familie Schicht war wieder vereint und wollte die Firma weiter ausbauen. Nur wenige Wochen darauf, im Jänner 1954, verstarb der Vater Dipl. Ing. Gustav Schicht an einem Gehirnschlag. Leider konnte er den weiteren Aufschwung der Firma nicht mehr erleben. Es war besonders auch für meine Mutter sehr schwer ihren geliebten Vater zu verlieren, sie war gerade mit mir schwanger.

Wirtschaftlicher Aufbau und Erfolg Ab Feber 1954 führten nun Sohn Gustav Schicht und Tochter Maria Grönn-Schicht die Firma weiter, unterstützt von der Mutter Marie Schicht. Die Tochter Georgia kam zur Welt und Kurt Grönn begann in der Firma Schicht als Vertreter zu arbeiten. Es wurden nun auch Miststreuer und andere Landmaschinen z.B. Weinlesewägen etc. verkauft. Freizeitbeschäftigungen waren Tennis, Schilaufl, Reiten, Gartenarbeit etc. 1960 bezogen wir das von meiner Mutter neuerbaute Wohnhaus. Die Firma Schicht beschäftigte inzwischen 75 Mitarbeiter und belieferte auch Nachbarländer (Südtirol z.B.). Es gab nun neben dem Werk I aus Platzgründen auch noch ein weiteres großes Firmengebäude, das Werk II. Meine Mutter zog sich aus der Firma zurück. Gustav Schicht heiratete Ute Frauenberger und wurde Vater von 2 Töchtern, Monika und Michaela. Die Ehe meiner Eltern Maria



Die Maschinenfabrik der Firma Schicht im Salzburger St. Johann im Pongau.

Grönn-Schicht und Kurt Grönn wurde nach 15 Jahren geschieden. Leider gab es dann niemand in der Familie, der die Firma Schicht übernehmen konnte und so wurde sie Ende der 90er Jahre verkauft. 1985 starb die Mutter Marie Schicht, 1990 starb ihr Sohn Dipl. Ing. Gustav Schicht an einem Gehirnschlag. Ab 1972 lebte meine Mutter allein in ihrem Haus, ich war zum Studium der Pharmazie nach Innsbruck gegangen. Ich kehrte erst Ende der 90er Jahre wieder ins Land Salzburg zurück und

seit 1997 bin ich in Radstadt verheiratet, das ist nicht weit von meiner Mutter entfernt (30km). Meine Mutter fuhr sehr gerne Auto und unternahm viele

Reisen mit mir oder allein. Gesundheitlich ging es ihr recht gut, aber sie hatte Osteoporose und immer wieder Wirbelsäulenbrüche, die sie eisern möglichst ohne Schmerzmittel kurierte. Mit 89 überstand sie gut eine Hüftoperation und war weiter fleißig mit dem Auto in Österreich und dem nahen Ausland unterwegs. 2009 hatte sie leider einen schweren Unfall im Haus, sie stürzte die Kellerstiege hinunter und hatte Schädelbrüche und einen komplizierten Beinbruch. Sie lag im Koma und insgesamt 3 Monate verbrachte sie im Krankenhaus. Kaum zu glauben, aber sie schaffte es wieder auf die Beine zu kommen, allerdings hatte sie ab 2009 immer Pflegerinnen, um im eigenen Haus bei ihren geliebten Katzen und im schönen Garten bleiben zu können. Ihre Pflegerin Mirka ist seit Dez 2009 bei ihr und ihr schon zur Freundin geworden. Aber auch Bea war lange Jahre bei ihr bis zu ihrer Hochzeit und kommt immer wieder zu Besuch, so wie sie auch extra zum Begräbnis gekommen ist.

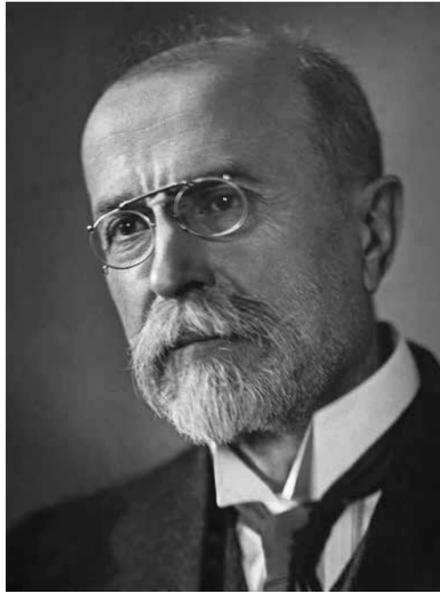
Bis Anfang August 2018 war meine Mama in der näheren Umgebung (bis Salzburg) noch täglich mit Freude unterwegs als Beifahrerin in meinem Auto. Sie bedankte sich immer für jede Ausfahrt und überhaupt für alles. Sie war gut mobil, wenn auch keine allzu große Strecken und sie konnte täglich ohne Probleme die Stufen in den 1. Stock steigen. Dann kam ein plötzlicher Zusammenbruch und innerhalb von 4 Tagen hatte sie eine hochgradige Herzinsuffizienz. Die letzten 10 Tage waren schwierig, sie verbrachte diese Zeit im Krankenhaus St. Veit und wurde täglich schwächer. Ich durfte rund um die Uhr bei ihr sein und bin sehr dankbar dafür. Nun ist ihre Seele heimgekehrt ins Ewige Licht und sie hat ihren Frieden und ihre Heimat gefunden.

Georgia Künßberg

„Radikal und definitiv“: Wie die Vertreibung gedanklich vorbereitet wurde

Die Prager Politik drängte seit 1918 auf eine rasche „Entgermanisierung“

In diesem Jahr häuften sich die historischen Wegmarken. Es blieb nicht aus, dass auch über die Frage debattiert wurde: War die Vertreibung von mehr als drei Millionen Sudetendeutschen eine direkte Folge der nationalsozialistischen Politik? Kein ernsthafter Politiker, Historiker oder Publizist wird das Leid vergessen, dass die NS-Kriegstreiberei über die Bevölkerung anderer Länder, zum Beispiel die Tschechoslowakei, gebracht hat. „Diese Vernichtungswut schürte den Hass der Völker auf Deutschland. Der Zweite Weltkrieg machte ein Vertreibungsgeschehen solchen Ausmaßes erst möglich. **Doch ein Verbrechen, so furchtbar es auch sein mag, rechtfertigt niemals ein anderes**“. Zitat aus der Musterrede des BdV in Deutschland. So hat es auch Angela Merkel gesagt: „**Es gab weder eine moralische, noch eine politische Rechtfertigung für die Vertreibung.**“ Wie wahr! Wer ehrlich und mit der Materie etwas vertraut ist, wird allerdings das Faktum nicht negieren, dass die Deutschen-Vertreibung gedanklich schon in der Entstehungsgeschichte der Tschechoslowakei angelegt war. Man muss nur bei **Tomáš G. Masaryk** nachschlagen. Der Gründerpräsident hatte den Siegern des 1. Weltkriegs zunächst die Existenz „unserer Deutschen“ (Masaryk) weitgehend vorenthalten, um die Bildung eines tschechoslowakischen „Nationalstaates“ aus der **Konkursmasse der Habsburger Monarchie** nicht zu gefährden. In seiner ersten Botschaft im Dezember 1918 an die „tschechoslowakische Nation“ nannte er die Sudetendeutschen Nachfahren von Immigranten und Kolonisten. Masaryk machte kein Hehl aus seinem Programm: „Das von den Deutschen bewohnte Gebiet ist unser Gebiet und wird unser blei-



Tomáš Garrigue Masaryk.

ben. Wir haben unseren Staat geschaffen; dadurch ist die staatsrechtliche Stellung unserer Deutschen bestimmt, die ursprünglich als **Immigranten und Kolonisten** in unser Land kamen.“ Die menschliche und politische Distanz, die in diesen Worten zum Ausdruck kam, war nicht zu überhören. Was hat die Denkfigur „Wir waren die Ersten hier, uns gehört dieses Land, die anderen sind Eindringliche“ in der Folge alles angerichtet? Eine von der Pariser Zeitung „Le Matin“ zitierte Bemerkung des Gründerpräsidenten gegenüber einem französischen Gesprächspartner (10. Januar 1919) zeigte an, wohin die Prager Politik tendierte: auf eine „sehr rasche Entgermanisierung“ der deutsch besiedelten Gebiete. Der Gedanke einer Massenausiedlung der Deutschen war bereits zu jener Zeit ins Kalkül gefasst – er wurde vorerst diplomatisch umschrieben. Die Durchdringung des Staatsapparates im Sudetenland mit **Beamten** der „Staatsnation“, um den tschechischen Bevölkerungsanteil sys-

tematisch zu **steigern**, war der erste Akt des Dramas im Herzen Europas. Ein Akt innerer Vertreibung. Masaryks Außenminister und späterer Nachfolger an der Staatsspitze, **Edvard Beneš**, forcierte den Gedanken eines „Bevölkerungstransfers“. Er spielte mit verdeckten Karten. In seinem Buch „Europas Weg nach Potsdam“ gab der Sozialdemokrat **Wenzel Jaksch** eine Beneš-Aussage vom **3. September 1939** wider: „Es wird von solchen Dummheiten gesprochen wie Austreibungen der Sudetendeutschen.“ Wirft man allerdings einen Blick in die Memoiren des Vertreiberpräsidenten, ergibt sich schnell ein anderes Bild. Danach stand es für ihn unmittelbar nach dem Münchener Abkommen im Herbst 1938 und vor Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren (1939) fest, dass in der für ihn günstigen Stunde X, dass „das Problem der Minderheiten und hier insbesondere das Problem unserer Deutschen radikal und definitiv gelöst werden muss“. Radikal und definitiv! In seinem Londoner Exil sprach er am **23. Januar 1940** öffentlich von einer möglichen „Umsiedlung“ im Fall einer Niederlage Nazi-Deutschlands. In der New Yorker Zeitschrift „Foreign Affairs“ nannte Beneš es im Januar 1942 notwendig, nach dem Zweiten Weltkrieg „einen Bevölkerungstransfer auf viel breiterer Grundlage durchzuführen, als nach dem letzten Krieg“. Noch immer versuchte er allerdings das Ausmaß des „Transfer“ zu verschleiern. In seinem damaligen Memorandum war von 600.000 bis eine Millionen auszusiedelnden Deutschen die Rede. Der tschechischen Untergrundbewegung hatte er schon signalisiert, dass er sudetendeutsche Emigranten auf die „Ausiedlung von **mindestens einer Million** wie auch auf die Notwendigkeit eines

tschechischen Lebensraums“ vorbereitete. Schritt für Schritt wurde dann der Vertreibungsplan erweitert; die „Transfer“-Absichten nahmen kollektiven Charakter an. Unvergessen ist die Londoner Rundfunkrede des Präsidenten vom 27. Oktober 1943: „In unserem Land wird das Ende des Krieges mit Blut geschrieben werden... Die ganze Nation wird sich an diesem Kampf beteiligen, es wird keinen Tschechoslowaken geben, der sich dieser Aufgabe entzieht, und kein Patriot wird es versäumen, gerechte Rache für die Leiden der Nation zu nehmen.“ Am 3. Februar 1944 gab er vor dem Exil-tschechischen Staatsrat die Parole für einen „blutigen, unbarmherzigen Kampf“ gegen die Deutschen aus. Und so kam es schließlich auch. Es wurde nicht nach individueller Schuld gefragt, die Vertreibung war eine **kollektive Bestrafung**. Verwunderlich bei diesem „Staatsmann“? Nein. War er doch bereits kurz nach der Gründung der 1. Tschechoslowakischen Republik durch rüde, menschenverachtende Töne aufgefallen. Zum Beispiel am 29. Oktober 1920 in der Zeitung Ceske slovo: „Den Deutschen solle man kein Selbstbestimmungsrecht geben, man möge sie lieber „an Galgen und Kandelabern aufhängen“. Was nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges tatsächlich geschehen ist. Und auch das gehört zur historischen Wahrheit: Die Kommunisten haben dem Vertreiberpräsidenten keine Denkmäler errichtet. Eine solche Ehrung erfuhr er erst nach Václav Havels samtener Revolution. Und das Prager Parlament hat vor der Aufnahme Tschechiens in die „Wertegemeinschaft“ EU ein Gesetz verabschiedet, das nur aus einem einzigen Satz besteht: **„Beneš hat sich um den Staat verdient gemacht.“** (fac)

Städtewappen

Frain / Vranov nad Dyji

Land: Mähren

Landkreis: Znaim

Einwohner 1910: 1.048

(davon 1.013 Deutsche)

Einwohner 1930: 1.676

(davon 1.023 Deutsche)

Einwohner 1939: 1.233

Einwohner 1947: 969

Die ursprünglich landesherrschaftliche Burg ist seit 1100 bekannt, 1183 gehörte sie den Johannitern, und am 26.9.1323 tauschte König Johann sie mit dem ganzen Sprengel mit Heinrich von Duba und Leipa und seinem Sohne gegen Tachau; dabei wird Frain als Pfarrort genannt. Das heutige Schloss wurde nach der Zerstörung der alten Burg durch die Schweden im Jahre

1645 in den achtziger Jahren des 17. Jahrhunderts von den Grafen Althann erbaut, die Frain am 25.2.1617 erwarben und bis 1793 hielten. Das Dorf Frain wurde am 28.9.1323 zum ersten Mal als Markt genannt, der am 25.3.1465 von König Georg ein Privilegium bekam, das am 24.4.1548 und am 17.10.1557 von Zdenko Mezirczsky von Lomnicz, am 11.5.1559 von Peter Czertoregsky von Czertorey und am 24.3.1716 von Karl VI. bestätigt und erweitert wurde; Karl VI. gab zu den drei schon bestehenden Jahrmärkten noch einen vierten. Peter Czertoregsky von Czertorey, der die Domaine Frain 1558 kaufte, die nach seinem Tode 1584 an die Dietrichsteiner übergang, erteilte dem Markte am 23.12.1568 unter anderem das Siegelrecht und das

Wappen, das in Farbe von Gödel überliefert ist: in Rot eine silberne Mauer mit offenem Tor und blauem Fallgitter, flankiert von zwei schwarzen kleineren Toren, überragt von zwei Türmen



mit je drei Fenstern und schwarzen Spitzdächern mit goldenen Knäufen; zwischen den Türmen sitzt auf einem gemauerten Sockel der Mauer ein schwarzer linksgewendeter goldbekehrter Rabe; die blaue Tingierung des Gatters soll den Charakter des Eisens wiedergeben, demnach ist es schwarz, ein silbernes kommt eigentlich nicht in Frage; der Rabe bzw. die Krähe soll den tschechischen Namen ausdrücken; die linke Stellung ist nur mit einem Fehler des Siegelchneiders zu erklären. Dieses Wappen zeigen zwei bekannte Siegeltypare: das ältere, 42 mm Ø, offensichtlich aus dem 17. Jahrhundert, trägt die Umschrift: SIGILLVM.DES.MARCKTES.RAAN, auf dem anderen, 23 mm Ø, das 1749 belegt ist, liest man: +SIGIL.DES-MARCKHS.FRAN.

Ausgeraubt, versklavt, verhungert

Das Schicksal der Wolgadeutschen wird noch weitgehend ignoriert

Das Jahr 2018 ist reich an Gedenktagen, aber nicht alle historischen Ereignisse dringen ins Bewusstsein der Menschen. Dass zum Beispiel der 19. Oktober ein markantes Datum für die Russlanddeutschen ist, wurde bislang weitgehend ignoriert. Bedauerlich, denn vor exakt 100 Jahren war den deutschen Siedlern an der Wolga im Zuge der russischen Revolution ein **Autonomiegebiet** zugestanden worden. Aus ihm ging sechs Jahre später, 1924, die so genannte **Wolgarepublik** hervor. Eine wechselvolle Geschichte begann für die Deutschen dieses Gebietes. Ihr Siedlungsraum war für die neuen (kommunistischen) Machthaber von lebenswichtiger Bedeutung. Hier konnten große Mengen an Nahrungsmitteln für die Versorgung der beiden Revolutionszentren Moskau und Leningrad beschafft werden. An den Anfängen der deutschen Autonomie stand ein Mann, der Jahrzehnte später im von den Sowjets bedrängten Berlin als Regierender Bürgermeister im Westteil der Stadt eine zentrale Rolle spielte: **Ernst Reuter** „Ihr Völker der Welt, schaut auf diese Stadt!“). Als Josef Stalins Vertrauter leitete Reuter seit April 1918 das „Kommissariat für deutsche Angelegenheiten im Wolgagebiet“, das die Sowjetisierung der Wolgadeutschen verfolgte. Seine Tätigkeit endete im November 1918, Ernst Reuter kehrte nach Deutschland zurück. Die rücksichtslose Ausbeu-

tung war der entscheidende Grund dafür, dass die „Arbeitskommune“ der Wolgadeutschen von der Hungersnot 1921-1922, die sich 1924 wiederholte, am härtesten getroffen wurde. Es kam zu Hungeraufständen. Die Wolgadeutschen, erinnerte sich eine jetzt in Berlin lebende Deutsche aus Saratow im „Tagesspiegel“, wurden im Lauf der Jahre ausgeraubt und versklavt, sie starben in Dürreperioden, die Überlebenden blieben und verkauften ihr Gemüse bald bis nach Moskau und St. Petersburg.

Allein 1921 verließen mehr als 80.000 deutsche Siedler das Wolgagebiet und zogen nach Turkestan, in den Trans- und Nordkaukasus, nach Zentralrussland, in die Ukraine oder emigrierten nach Deutschland. Hinzu kamen 47.777 erfasste Todesfälle, meist Hungeropfer. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass auf dem Territorium der autonomen Republik vor dem 1. Weltkrieg 516.289 Deutsche gezählt wurden und die Volkszählung von 1926 nur noch 379.630 verzeichnete, so wird das gesamte Ausmaß des Bevölkerungsrückgangs sichtbar. Die Existenz der wolgadeutschen Republik war für die kommunistische Propaganda von Bedeutung: Sie sollte politische Toleranz vorspiegeln. Kulturelle und wirtschaftliche Kontakte zur Weimarer Republik wurden sogar begünstigt. Das änderte sich allerdings, nachdem Hitler in

Deutschland an die Macht gekommen war. Viele Wolgadeutsche wurden verhaftet oder verbannt, das kulturelle Leben der Deutschen wurde stark eingeschränkt. Der deutsch-sowjetische Freundschaftsvertrag (1939) führte dazu, dass die ohnehin geringe Autonomie nicht weiter beschnitten wurde. Im August 1941 sah das schon anders aus. Mit einem Dekret des Obersten Sowjet der UdSSR wurde die gesamte deutsche Volksgruppe in Stalins Reich der Kollaboration mit Hitler-Deutschland für schuldig befunden, und binnen weniger Wochen wurden die Russlanddeutschen aus den europäischen Teilen der Sowjetunion nach **Osten**, vorwiegend **Sibirien**, **Kasachstan** und **an den Ural**, deportiert. Auch nach ihrer Rehabilitierung wurde die wolgadeutsche Republik nicht wiedergegründet. Von 1990 bis 2000 kamen mehr als zwei Millionen Russlanddeutsche und ihre (teilweise nichtdeutschen) Angehörigen nach Deutschland, seit 1995 allerdings mit sinkender Tendenz. Trotz **Michail Gorbatschow** und seiner Politik der **Perestroika**, sei eine vollständige Rehabilitierung der Wolgadeutschen und die Wiederherstellung autonomer Selbstverwaltung ausgeblieben, bilanzierte der ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, **Hartmut Koschyk** (CSU), jüngst bei einer Berliner Fachtagung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung

der Geschichte der SED-Diktatur, der Deutschen Gesellschaft e.V. und des Nordost-Instituts an der Universität Hamburg. Aufgrund ihres schweren Schicksals mahnte Koschyk eine fortwährende „besondere Obhutspflicht der Bundesrepublik Deutschland“ gegenüber den Russlanddeutschen in Deutschland, aber auch den in Russland verbliebenen Deutschen an. **Dr. Bernd Fabritius**, BdV-Vorsitzender und Koschyks Nachfolger im Amt des Aussiedlerbeauftragten, schloss sich dem an. Bis heute habe die Wolgarepublik eine „große symbolische Strahlkraft“ für die Deutschen aus Russland. Auch wenn nach der kommunistischen Oktoberrevolution mehr der „Aspekt der Kommune auf sowjetischer Grundlage im Vordergrund stand und nicht etwa der einer echten Autonomie“, wirke noch immer „die großartige Idee der Selbstverwaltung und kollektiven Selbstbestimmung, die Pflege der eigenen Sprache, des hergebrachten Glaubens und der kulturellen Identität als Deutsche in fernen Landen“ nach. Dass auf diesem Gebiet noch erheblicher Forschungsbedarf in Deutschland besteht, wurde allgemein bedauert. Leider gebe es nur wenige Lehrstühle, die sich explizit mit der Geschichte der Deutschen aus Russland befasste, bedauerte die Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, **Margarete Ziegler-Raschdorf**.

Die Erfindung des WÜRFELZUCKERS in Datschitz vor 175 Jahren

Östlich vom Neubistritzer Bergland liegt die südwestmährische 7500 Einwohner-Stadt Datschitz (Dacice), bekannt durch die Erfindung des Würfelzuckers. **Jacob Christoph RAD**, geboren 1799 in Rheinfelden (heute im Schweizer Kanton Aargau) als Sohn eines vorderösterreichischen Militärbeamten arbeitete zunächst als ausgebildeter Kaufmann in der Wiener Drogerie „Schwarzer Hund“ und machte dort mit der Erfindung eines optischen Telegrafensystem auf sich aufmerksam. Nach dreijähriger Prüfung bekam er dafür zwar 3000 Gulden, doch war die wirtschaftliche Situation des inzwischen arbeitslosen Rad nicht sehr rosig. Erst durch seine Heirat mit Juliana Schill 1839, mit der er fünfzehn Kinder hatte wendete sich sein Schicksal zum Guten. Aus dem brotlosen Erfinder wurde wenig später der Direktor der k. k. privilegierten Zuckerraffinerie im südwestmährischen Datschitz, wo ein Verwandter seiner Frau, Oberleutnant **Grebner** in **Kirchwiedern** (Kostelny Vydri) bei Datschitz 1828/29 eine Rübenzuckerfabrik errichtet hatte. Da die Gegend für den Zuckerrübenanbau nicht geeignet schien, ließ Grebner mit Pferdefuhrwerken Rohrzucker vom Hafen Triest über Wien nach Dat-



schitz bringen. Trotzdem kam es zu einer wirtschaftlichen Krise, die Grebner dazu bewog 1840 einen neuen Fabriksdirektor zu bestellen – Jacob Christoph Rad. Dieser erwies sich als kaufmännisches Talent, er baute die Fabrik aus und kaufte neue Maschinen. Als sich seine Ehefrau, die für das leibliche Wohl der höhergestellten Mitarbeiter zu sorgen hatte, beim Zerhacken des Zuckerhutes am Finger verletzte, erzählte sie dies verärgert den bei Tisch anwesenden Herren mit dem Ansinnen, sich was einfallen zu lassen, damit das Zuckerhacken ein Ende habe. Rad nahm den Vorschlag seiner Frau ernst und konstruierte zunächst eine kombinierte Press-Schneidemaschine. Schon nach drei Monaten konnte er seiner Frau die ersten 350 Zuckerstücke in Würfelform als Präsent überreichen. Er hatte ein Presswürfelsystem entwickelt, dem die heutigen Methoden grundsätzlich noch entsprechen. Am 23. Jänner 1843 wurde Rad auf fünf Jahre das Patentrecht für seinen Würfelzucker erteilt und 1848 auf weitere fünf Jahre verlängert. Obwohl sich die Erfindung wie ein Lauffeuer in Europa verbreitete,

Links im Bild: Das Würfelzuckerdenkmal in Datschitz.

wurde der neue Würfelzucker von der Bevölkerung anfangs nur sehr zögerlich angenommen. Einerseits fehlten geeignete Werbemittel, andererseits war es Gewohnheit, den Zucker seit Anbeginn des Zuckerhandels in Hutforn zu kaufen. Später wurden dann bis zu 200 Zentner Würfelzucker pro Tag hergestellt.

Rad wurde in der Folge Mitglied des Gewerbevereins, Sekretär der Handelskammer und war in verschiedenen Zuckerfabriken der Monarchie tätig. Er hätte in seinen Ämtern mehr Aufhebens um seine Person machen können, war jedoch stets nur bestrebt, der Sache zu dienen und geriet aufgrund seiner Bescheidenheit bald nach seinem Tod 1871 in Vergessenheit.

Vor dem Kirchenplatz in Datschitz erinnert seit 1983 das Würfelzucker-Denkmal aus Granit an die Erfindung von 1843. Im Jahr 2009 gründete ein geschichtsbewusster Unternehmer die Marke „Würfelzucker Juliana“. Auf der Verpackung sind Bilder von Juliana und Jacob Christoph Rad und ein Hinweis auf eine Homepage, auf der die Geschichte des Würfelzuckers nachzulesen ist. So hat auch Rads Frau Juliana eine späte Würdigung erfahren.

Erich Mader



ÖVP-Clubobmann Wöginger im „Haus der Heimat“

Auf prominenten politischen Besuch konnten sich die Vorstandsmitglieder und Funktionäre des Verbandes der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ) am Montag, den 17.9.2018, freuen: Denn auf Einladung von VLÖ-Präsident Dipl.-Ing. Rudolf Reimann und VLÖ-Generalsekretär Ing. Norbert Kapeller war ÖVP-Clubobmann Abg.z.NR August Wöginger ins „Haus der Heimat“ zu einem Gedankenaustausch gekommen. Besonders freute es die Anwesenden, dass auch die III. Nationalratspräsidentin, Abg.z.NR Anneliese Kitzmüller (FPÖ), die auch kooptiertes Mitglied im VLÖ-Vorstand ist, an den Gesprächen teilnahm. Bei einem gemeinsamen Mittagessen in ungezwungener Atmosphäre erläuterte Dipl.-Ing. Reimann dem ÖVP-Clubobmann die Geschichte der deutschen altösterreichischen Heimatvertriebenen und betonte deren Leistungen, die im Besonderen zum Wiederaufbau Österreichs nach den Kriegswirren beigetragen haben. VLÖ-Generalsekretär Kapeller nutzte daraufhin die Gelegenheit, aktuelle

Sachthemen die Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen betreffend an ÖVP-Clubobmann August Wöginger sowie an die III. Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller heranzutragen, über künftige Projekte zu informieren und um entsprechende Unterstützung dieser auf koalitionsnaher Ebene zu werben. Besonders freute es die Anwesenden, dass sich Clubobmann Wöginger noch die Zeit nahm, um die Räumlichkeiten der einzelnen im „Haus der Heimat“ vertretenen Landsmannschaften zu besuchen, wobei er im „Schwabenverein Wien“ für besondere heitere Momente sorgte, als er dort im Rahmen einer Probe des „Wiener Schwabenchors“ sein Gesangstalent gleich tatkräftig unter Beweis stellte. Auf diesem Bild (v.l.n.r.): ÖVP-Clubobmann Abg.z.NR August Wöginger, die III. Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller (FPÖ), LAbg. aD Gerhard Zeihsel (SLÖ-Bundesobmann und 1. VLÖ-Vizepräsident), VLÖ-Generalsekretär Ing. Norbert Kapeller sowie VLÖ-Präsident Dipl.-Ing. Rudolf Reimann

Trauer um Dr. Erich Riedl

Abschied von einem prominenten Egerländer: Eine große Trauergemeinde, darunter ehemalige und noch aktive Politiker, begleiteten Dr. Erich Riedl auf seinem letzten Weg. Der frühere Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft in Bonn war am 8. September in München im Alter von 85 Jahren an einem Organversagen gestorben. Johann Slezak, Obmann der oberbayerischen SL, legte am Grab des CSU-Politikers ein Gesteck mit der schwarzrot-schwarzen Sudetenschleife nieder. Prof. Dr. Kurt Falthäuser, ehemaliger bayerischer Finanzminister, würdigte in einer profunden Rede die sudetendeutsche Herkunft des Verstorbenen und seinen Kampf für die Wahrung



der Interessen der Heimatvertriebenen an der Seite von Landsleuten wie Hans Klein und Fritz Wittmann. Neben zahlreichen politischen Weggefährten waren bei der Beerdigung auch Vertreter des Fußballvereins 1860 München, dessen Präsident Riedl viele Jahre war, anwesend. Erich Riedl hatte nach dem Abitur im oberfränkischen Münchberg zunächst die Inspektoren-Laufbahn bei der Deutschen Bundespost eingeschlagen, daneben absolvierte er ein Studium der Betriebswirtschaftslehre. An der Universität Erlangen promovierte er mit der Arbeit „Die Bankenaufsicht in der Verkehrswirtschaft, insbesondere in Deutschland“. Von 1969 bis 1998 gehörte er dem Deutschen Bundestag an



61. Poysdorfer Bezirkswinzerfest

Vom 6. bis 9. September fand in der Weinstadt Poysdorf zum 61. Mal das traditionelle, weit über die Gebietsgrenzen hinaus bekannte, Bezirkswinzerfest statt. Die Landeshauptfrau von Niederösterreich, Mag. Johanna Mikl-Leitner und der Niederösterreichische Landtagspräsident Mag. Karl Wilfing konnten neben den zahlreich erschienenen Ehrengästen bei strahlendem Spätsommerwetter tausende begeisterte Besucher zum sonntäglichen Winzerumzug begrüßen. Der sympathische mehrfache Tiroler Welt- und Europameister

im Rennrodeln, Markus Prock, übernahm in einem Festakt die Präsidentschaft über das Winzerfest von Austria-Legende Toni Polster. Seit vielen Jahren gestalten die Südmährer einen der festlich geschmückten Wagen, der jedes Jahr großen Anklang bei den Zuschauern findet. Unter der (Traktor)-Führung von Landsmann Ossi Sollan winkte eine illustre Runde von Landsleuten vom Anhänger in die Menge, musikalisch begleitet von Gottfried Leitner, der extra aus Deutschland angereist war.

(Foto: Christa Gudrun Spinka-Grech)

Studenten erstellen digitale Kopie des Stifter-Denkmals in Budweis

Studenten der Technischen und Ökonomischen Hochschule in Budweis / České Budějovice erstellen eine digitale Kopie des Adalbert-Stifter-Denkmals nahe Deutsch Beneschau / Benešov nad Černou. Dies soll die Möglichkeit eröffnen, bei Bedarf eine Kopie des steinernen Denkmals herzustellen, wie ein Sprecher der Hochschule am Montag mitteilte.



Stifter (im Bild zu sehen) war häufiger bei seinem Onkel in Deutsch Beneschau / Benešov nad Černou zum Urlaub. Deswegen ließen die Bewohner der Gemeinde 1936 ein Denkmal für den Schriftsteller errichten. Durch den Ort führt heutzutage ein Lehrpfad, der „Das Tor in das Gratzener Bergland“ heißt.



Wenn ihr mich sucht,
sucht mich in euren Herzen.
Habe ich dort eine Bleibe gefunden,
lebe ich in euch weiter.
Rainer Maria Rilke

Nach einem langen und tapfer gestalteten
Leben wurde unsere liebe Mama, Frau

Maria Grün-Schicht

verwitwete Ender

am Freitag, dem 17. August 2018, kurz vor ihrem
98. Geburtstag von Gott, dem Herrn, zu sich gerufen.

In Liebe und Dankbarkeit:

Georgia und Eberhard

Im Namen aller Verwandten und Freunde

Die Trauerfeier fand im engsten Familienkreis statt.

St. Johann im Pongau, im August 2018

Im Sinne der Verstorbenen bitten wir um Spenden für die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich. IBAN: AT96 6000 0000 0794 0589, BIC: BAWAATWWXXX, Kennwort: † Maria Grün-Schicht

Zu dem in der Sud.Post vom 05.07.2018 erschienenen Beitrag „Ein Gedenktag voller Fragen“

Als vertriebener Sudetendeutscher, geboren 1935 in der 1.ČSR kritisiere ich, dass seitens deutscher Politiker ständig behauptet wird, dass die Vertreibung die Folge des 2. Weltkrieges sei, was jedoch für die Vertreibung der Sudetendeutschen nicht zutrifft, weil die Vertreibung bereits 1918 von Beneš geplant war. Die Bundeskanzlerin Merkel führte dazu auch aus: „Die Vertreibung und Flucht der Deutschen seien eine unmittelbare Folge des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieges und der unsäglichen Verbrechen der NS-Diktatur gewesen“. Diese Aussage der Bundeskanzlerin kommt selbstverständlich den Tschechen sehr entgegen.

Doch wer spricht von den unsäglichen Verbrechen der Tschechen an den Deutschen ab Mai 1945? Vom Leben und der Historie der ehemaligen deutschen Mitbürger in der 1. ČSR, die übrigens auch die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit besaßen, wissen diese Politiker anscheinend nichts. Sie würden sonst über die Vertreibung nicht so respektlos urteilen. Zur Erinnerung. Dass die Sudetendeutschen in den Jahren 1918-1938 der Diskriminierung u. Unterdrückung ausgesetzt waren, ist kein Geheimnis. Von Tschechen werden diese Tatsachen seit jeher unter den Teppich gekehrt. Ein Tabu-Thema. Beneš täuschte die Westmächte als er 1919 versprach, was er jedoch nicht einhielt, aus der ČSR eine Art „Zweite Schweiz“ zu machen. Er begann alsbald danach mit seiner Entnationalisierungspolitik gegenüber den Sudetendeutschen die sich auf vier Ebenen vollzog:

- Systematische Zurücksetzung der deutschen Sprache und Kultur durch die Beschränkung des deutschen Schulwesens und tschechisch als bevorzugte Amtssprache.
- Schließung deutscher Schulen.
- Verdrängung der Deutschen aus dem Öffentlichen Dienst und den vom Staate beherrschten Arbeitsplätzen in staatlichen Betrieben.
- Benachteiligung der deutschen Wirtschaft.

Tribüne der Meinungen

- Beschneidung der deutschen Selbstverwaltung in Gemeinden und Bezirken.

Beneš und Masaryk bedienten sich einer ungezügelter Deutschfeindlichkeit, die auch öffentlich propagiert wurde. Auch nachstehende Medien haben hierüber berichtet. So z.B.: „BOHEMIA“ (deutschspr. Ztg. vom 26.10.1918: „Die Deutschen sollen hierzulande auf ihrem eigenen Boden nur solange geduldet werden, als sie parieren. Sonst mögen sie ihren Grund verkaufen, ihr Bündel schnüren und gehen!“ (Quelle: Sud. Ztg. Nr.11 Seite 33, 2010/ Die ungeliebten Deutschen). Vorgenannte Tatsachen waren für die Sudetendeutschen doch plausible Gründe sich vom tschechischen Staat zu trennen und sich 1938 für den Anschluss an das Deutsche Reich zu entscheiden. Letztendlich wollten sie der nachweislichen Unterdrückung/ Entrechtung (Diskriminierung und der Ungleichbehandlung) durch die Tschechen entkommen. Beneš hat ja mit seiner deutschfeindlichen Politik die Deutschböhmern quasi in die Arme Hitlers getrieben. Er trägt somit die Schuld, dass seine ehemaligen Mitbürger auf Grund der geschilderten schlechten Lebensbedingungen entsprechend so gehandelt haben.

Abschließend sei noch gesagt, dass die Tschechen endlich eingestehen sollen, dass sie ihren damaligen deutschen Mitbürgern in der 1. ČSR nachweislich Unrecht ange-tan und gegen das Völkerrecht verstoßen haben. Tschechen möchten nur die Opfer sein! / Aussage von tschech. Autorin Radka Denemarková)

**Mfg Heinz Beranek
(bis Juli 1946 Bodenbach)**

Betreff: Artikel aus Folge 7, „Ein letzter Versuch zu einem Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen“

Wäre es nicht bereits 1935, nach dem für die SdP so erfolgreichen Wahlergebnis los-gewesen, die „Karlsbader Punkte“ vorzuschlagen?

Eine „Rote Wehr“ wurde zwar 1926 als Ordnerdienst der DSAP gegründet, zuerst wegen der Bedrohung durch kommunistische Renegaten, doch bereits 1934, als die Gefahr aus Deutschland auf demokratische Veranstaltungen und Einrichtungen begann, von dem 10. Gewerkschaftskongress (08. - 11.12.1934) als „Republikanische Wehr“ mit eigener Vereinsatzung beschlossen. Deren Bewaffnung bestand aus Pistolen, die von der Prager Polizei gekauft wurden, die beschlagnahmte, den Verbrechern abgenommene, Waffen verschachtelten.“ Mit Erlass vom 17.September 1938 wurde der „Republikanischen Wehr“ sogar das Tragen von Uniformen verboten! Und da hätten die Behörden ihnen Gewehre liefern sollen?

Eine Regierung hat das Recht, Truppen in ihr Grenzgebiet zu verlegen, denn seit 1918 waren doch die von überwiegend Deutschen besiedelten nordböhmisches, nordmährischen Bezirke und Österr. Schlesien Teil der Tschechoslowakei. Das als Besetzung zu bezeichnen kann nur jemand, der populistisch Kapital aus dieser Formulierung schlagen will! Alle historischen Unterlagen belegen, dass die Liquidierung der CSR eines der Ziele der nationalistischen Politik war.

Leo Zahel, Vorsitzender der Seliger-Gemeinde Österreich, Wien

Zur Diskriminierung der Türken in Deutschland

Die Türken, allen voran der Fußball-Millionär Özil, fühlen sich in Deutschland diskriminiert. Was Diskriminierung in Wirklichkeit heißt, könnten sie am Beispiel der deutschen Vertriebenen nach dem 2. Weltkrieg erfahren. Diese waren im Gegensatz zu den Türken nicht freiwillig hierhergekommen und hatten auch nicht die Möglichkeit, jederzeit in die Heimat zurückzukehren. Von den einheimischen Deutschen wurden sie abfällig als „Flüchtlinge“ bezeichnet, als Zigeuner, hergelaufene Habenichtse und Rucksackdeutsche beschimpft. Meist mußten sie bis in die 1950er-Jahre zusammengepfercht in Lagern leben oder in von den ansässigen Deutschen auf Behördenanordnung widerwillig geräumten Rumpel- und Abstellkammern, in zugigen Löchern und Verschlägen hausen. Die Suizidrate bei den Vertriebenen lag - wen wundert es - um einiges über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Selbst als Tote versuchte man sie zu diffamieren. So sah sich das bayerische Staatskommissariat für Flüchtlinge und Vertriebene zu dem Hinweis genötigt, daß es verboten sei, Vertriebene und Flüchtlinge außerhalb der Friedhöfe zu bestatten. Der Schmerz über Heimatverlust, Entrechtung, Enteignung, Zwangsarbeit und den Tod von Familienangehörigen und Freunden bei der Vertreibung mußten die deutschen Vertriebenen verleugnen und sich anpassen. Ihre von Politikern in Sonntagsreden gerne gefeierte erfolgreiche Integration hatten sie sich in Jahrzehnten

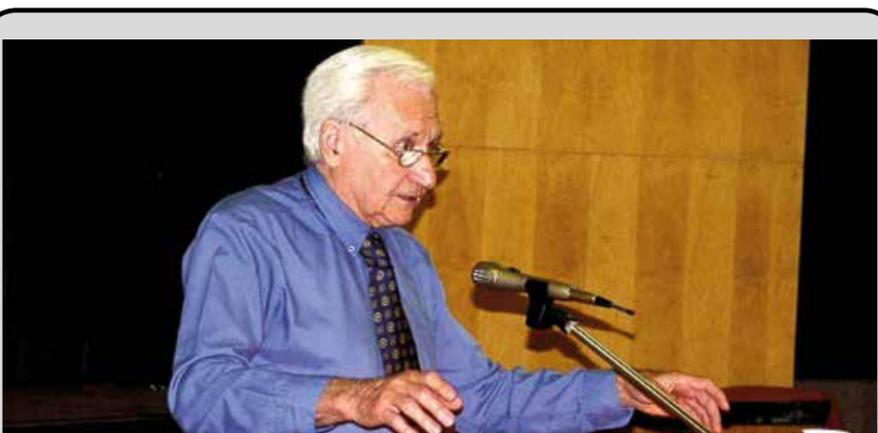
bitter zu erkämpfen. Vor allem auf die „Flüchtlingskinder“ jener Zeit wirkte das für den Rest des Lebens prägend.

Dr. Walter Kreul, Germering/D.

Gescheiterte Beschwichtigungspolitik (Münchener Abkommen) in der Bunten Kronen Zeitung vom 16.9.2018

Ich schätze die Beiträge von Frau Dr. Winkelhofer, in diesem Artikel bewegt sie sich jedoch am Rande der Geschichtsklitterung. Das Zugeständnis am Ende des Artikels über „das Selbstbestimmungsrecht, daß 1918/19 den Sudetendeutschen nicht gewährt wurde“ mildert ihre Feststellungen nur schwach. Wie gerade erwähnt, am Anfang stand die Nichtgewährung des Selbstbestimmungsrechtes gemäß der Wilsonpunkte, auf deren Basis die Mittelmächte die Waffen im November 1918 niederlegten. Die Sudetendeutschen vertrauten auf die Zusicherung US-Präs. Wilsons so sehr, daß sie am 4.März 1919 friedlich für die Zugehörigkeit zur Republik Deutsch-Österreich demonstrierten. Das Militär der „bürgerlichen Demokratie“ Tschechoslowakei schoß in die Menge - neben unzähligen Verletzten blieben 54 Tote im Alter von 11 bis 80 Jahren auf den Straßen. Ohne rechten Erfolg versuchte die Tschechoslowakei anschließend, sich als die zweite Schweiz Europas zu gerieren, was aber von den Deutschen und Ungarn in der ČSR nicht so empfunden wurde. Die Repression der ČSR war so auffallend (es gab 24 Beschwerden der Sudetendeutschen an den Völkerbund), daß am 14.9.1938 Lord Runciman von GB und Frankreich beauftragt wurde, die Situation im Sudetenland zu untersuchen. Sein Befund: Unhaltbare Zustände und die Empfehlung, die mehrheitlich deutsch besiedelten Gebiete an das Deutsche Reich abzutreten. Dem kamen die Siegermächte GB und Frankreich in München auch nach und brieften sich dabei ausdrücklich auf die „Friedensverträge“, die eine Revisionsklausel enthalten. Darum lag es der Nachkriegs-CSSR auch so daran, das Münchener Abkommen, als „ab Beginn ungültig“ zu erklären und die BuRep. kam dem - wie zu erwarten - nach. Offiziell erklären kann man viel, eine neue Wahrheit kann man aber so nicht kreieren. Aber ich kann auch eine Vermutung beisteuern. Mit den wirtschaftlichen Ressourcen des Sudetenlandes wäre die Erste Republik wahrscheinlich lebensfähig gewesen. Ein für die Zweite Republik eher peinlicher Umstand liegt darin begründet, daß sie zwar auf die Sudetendeutschen vollkommen vergessen - und des 4. März nie gedacht wird - aber das offizielle Österreich sich gerne mit den Meriten von Altösterreichern, zu denen auch die Sudetendeutschen gehören, berüht. Ansonsten ist das offizielle Österreich und auch Deutschland (Ausnahme Bayern) dabei, die 15 Mio. vertriebenen Volksdeutschen und ihre 2,5 Mio. Kollateraltoten auch aus der Geschichte zu vertreiben. Ob es gelingt, wird die Zukunft weisen, zur Zeit wird eher die Geschichte „hergerichtet“. Ich schreibe der Krone diesen Brief im Bewußtsein, das er kaum veröffentlicht wird. Könnten sie vielleicht darum ihn an Frau Dr. Winkelhofer weiterleiten.

Jürgen Jauch, per E-Mail



Horst Mück wäre 85 geworden

Horst Mück wurde am 22.09. 1933 in Kaaden geboren, machte die Vertreibung nach Wien mit. Hier war er sehr aktiv am Aufbau der Sudetendeutschen Jugend tätig, später in der SLÖ - zuständig für das SLÖ Dokumentationsarchiv - und jahrelang leitete

er die SLÖ-Heimatgruppe Wien und Umgebung. Am 22.09.2018 gedachten Gerhard und Reinhilde an seinem Grab am Simmeringer Urnenfriedhof seines Geburtstages im Namen seiner Heimatgruppe. Horst war am 21.10.2006 in Wien verstorben.

Wien

„Bruna“ Wien

Eröffnung der Ausstellung am Sa 10.11.2018 um 15:30 Uhr

„Deutsche Brüner Persönlichkeiten aus sechs Jahrhunderten“

am Samstag den 10.11.2018 erfolgt um 15:30 Uhr im „Haus der Heimat“ in 1030 Wien, Steingasse 25, Beginn: 2. Stock, im Verlauf einer Vernissage die Ausstellungseröffnung der BRUNA – Deutschland, Heimatverband der Brüner mit dem Bundesvorsitzenden Dr. Rudolf Landrock, der Obfrau Ulrike Tumberger BRUNA – Wien und dem Bundesobmann der SLÖ Gerhard Zeihsel. Die Ausstellung wird im Erdgeschoss von Montag – Donnerstag zu den SLÖ – Bürozeiten von 09:30Uhr – 13:30Uhr bis Donnerstag 20.12.2018 zu besichtigen sein.

Bund der Nordböhen

Am Samstag, den 8. September traf sich nach der Sommerpause eine etwas kleinere Runde im „San Banditto“. Einige Landsleute haben sich entschuldigt, andere genossen vielleicht noch die schönen Spätsommertage. Trotzdem sangen wir in Anbetracht des beginnenden Herbstes – auch wenn kein Jäger unter uns war – „Im Wald und auf der Heide...“.

Obmann Dieter Kutschera begrüßte die Anwesenden mit launigen Worten, erinnerte an die kommenden Termine, wie den Sudetendeutschen Heimattag in Klosterneuburg und unsere monatlichen Treffen. Außerdem verlas er die Geburtstagskinder von Juli bis September, und es waren auch einige anwesend, denen wir persönlich gratulieren konnten.

Gemäß dem Motto „gemütliches Beisammensein“ wurde über alles Mögliche geplaudert. Vor allem konnten Dieter Kutschera und ich über die Sudetendeutsche Ferienwoche in Seeboden, über die „Reise durch das Sudetenland“ und über die Erlebnisse in unserem vierwöchigen Aufenthalt in Nordböhmen berichten. Nachdem wir uns – je nach Appetit – gestärkt hatten, verabschiedeten wir uns bis zum nächsten Wiedersehen am **13. Oktober 2018**.

Die Themen bei den nächsten Zusammenkünften werden wir demnächst bekannt geben.

Herta Kutschera

SLÖ-Bezirksgruppe Wien und Umgebung

Nach der Sommerpause trafen wir uns am 7. September zum traditionellen Heurigen „Zehner Marie“ in Ottakring. Das Treffen war sehr gut besucht, die Stimmung ausgezeichnet. Unser nächster Termin ist der Bezirksgruppenabend im Haus der Heimat am **12. Oktober um 19 Uhr**.

Unser Ratespiel: „Wanderfahrt durch das Sudetenland“ steht auf dem Programm. Wissen ist gefragt.

Schönhengstgau in Wien

Wieder einmal war unsere Heimatgruppe mit der Tatsache konfrontiert, für unsere monatlichen Vereinstreffen ein neues Lokal suchen zu müssen. Nur einer Pressemeldung entnahmen wir, dass unser bisheriges Veranstaltungsort „Hofbräu zum Rathaus“ wegen Insolvenz geschlossen ist. Unsere Obleute gingen also auf die Suche und fanden fast gegenüber unseres bisherigen Lokales ein sehr nettes Gasthaus. Für unser Septembertreffen am 13. 9. 2018 sahen wir dieses Gasthaus als „Ausweichlokal“ vor, denn es gibt kein Extrazimmer, in dem wir ungestört sein können. Aber es kam anders: An diesem 13. September waren wir eine ziemlich große Gruppe und allen gefiel das Gasthaus sehr gut, besonders das Essen schmeckte vorzüglich, so dass wir sofort dieses nette, urige Gasthaus zu unserem neuen Vereinslokal erkoren. Unsere Heimatgruppe hat also ab sofort ihre monatlichen Heimattreffen im „Gasthaus zur steirischen Jagstubb“, 1010 Wien, Landesgerichtstraße 12. Unser Obmann, Rainer Schmid entschuldigte einige unserer Landsleute und überbrachte uns liebe Grüße von Magda und Richard Zehetner, Ilse Negrin und Elfriede Sarafidis.

Leider gab es auch wieder von Todesfällen zu berichten:

Frau Kommerzialrätin Maria Jorda-Merkl ist nach einem erfüllten Leben am 28. Juli 2018 in Baden bei Wien verstorben und am dortigen Friedhof beigesetzt worden. Maria Merkl wurde am 16. September 1924 in der Mühlgasse in Mährisch Trübau geboren. Sie war fast die letzte einer stets regen und sportlich engagierten Trübauer Jugendgruppe. Im Zuge der Vertreibung 1945 führte sie ihr Weg nach Wien. Als Vorbild an Pflichterfüllung und Zielstrebigkeit schaffte sie eine Karriere bis in die Leitung eines großen Textilunternehmens. Sie heiratete den Pädagogen Dr. Ludwig Jorda, einen Trübauer, den sie aus Jugendtagen kannte. Er arbeitete einige Zeit als Lehrer für Kunsterziehung an der deutschen Schule in Istanbul. Seit ihrer Pensionierung nahm Maria Jorda-Merkl ihre Wohnsitze in Wien und in Baden alternierend wahr. Ihr Gatte verstarb 1996. Die Öffentlichkeit anerkannte ihre Verdienste durch Zuerkennung des Titels „Kommerzialrätin“, durch Verleihung des „Großen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich“ und des „Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“. Krankheitsbedingt hat sie sich seit Jahren sehr zurückgezogen, war aber an unseren Heimatabenden in der Erinnerung oft präsent.

Herr Senatsrat DI Erhard Hauser, ein lebenswerter und treuer Landsmann, einer der letzten aus der Trübauer Erlebnissgeneration, ist am 14. August 2018 im 89. Lebensjahr verstorben. Seit Jahresbeginn kränklich, musste er fallweise stationäre Behandlung im zuständigen niederösterreichischen Krankenhaus in Anspruch nehmen. Seine Nichte, Evelyn Duval, hat die regelmäßige Verbindung zu unserer Gruppe hergestellt. Zuletzt haben ein Schenkelhalsbruch und eine Lungenentzündung seine Abwehrkräfte überstiegen. Erhard Hauser wurde am 24. Jänner 1930 in Mährisch Trübau geboren. Die Familie wohnte im Liechtensteinischen Schloss, wo sein Vater als Forstbeamter beschäftigt war. Nach der Vertreibung beendete Erhard seine Schulausbildung und das Studium zum Bauingenieur an der Hochschule für Technik in Wien, wo er später auch eine einschlägige Beschäftigung bei der Baupolizei fand. Mit seiner Frau Waltraud gründete er in der Nähe von

Wien sein Zuhause. Ihren drei Kindern bot er eine gediegene Ausbildung. Nach seiner Pensionierung und besonders nach dem Tod seiner Frau im Jahre 2014 suchte und fand er engen Kontakt zu seinen Landsleuten aus dem Schönhengstgau.

Wir haben ihn am 27. August in Bisamberg in der Pfarrkirche und am Friedhof bis zum Familiengrab auf seinem letzten Weg begleitet. Er wird uns sehr fehlen.

Demnächst begehen folgenden Landsleute unserer Gruppe ihre Geburtstage: Dr. Christian Negrin am 13. September, Frau Gaby Zecha am 27. September, Frau Dr. Margrit Haschke am 30. September und DI Harald Haschke am 2. Oktober. Wir gratulieren den Geburtstagskindern auf das Herzlichste.

Veranstaltungen, die wir besucht haben:

9. August 2018: Zu unserem Heurigenachmittag beim Schübel-Auer in Nussdorf haben sich bei prächtigem, aber sehr heißem Wetter neun Landsleute zusammengefunden. Die Stimmung war ausgezeichnet und es gab sehr viel zu erzählen und zu beplaudern.

Für den Terminkalender:

11.10.2018: 14:00 Uhr: Unser nächster Heimattag, im „Gasthaus zur steirischen Jagstubb“.

27.10.2018: 15:30 Uhr: Totengedenken in der Augustinerkirche in Wien.

24.11.2018: 15:00 Uhr: Busfahrt zusammen mit der Österreichisch-Ugandischen Gesellschaft zu einer Weintaufe im Heiligenkeller der Zünfte in Niederkreuzstetten und nach Unterolberndorf.

Edeltraut Frank-Häusler

Niederösterreich

Horn

Am 10. und 11. August besuchten etliche Landsleute bei sehr heißem Wetter das Treffen der Zlabingser in Waldkirchen, Fratres und Grossau. Es war ein sehr schönes und würdiges Treffen.

Allerdings ist es offenbar (?) nicht möglich, dieses Treffen ohne zeitliche Kollision mit dem

Südmährer-Kirtag in Niedersulz anzusetzen; das ist sehr schade und für mich nicht nachvollziehbar.

Am 1. September präsentierte uns Lm. Klaus Seidler seinen Diavortrag zum Thema „Die Schlösser bei St. Petersburg“; wie immer hochprofessionell und sehr interessant.

Die zahlreichen Gäste waren begeistert!

Vorschau: **6.10., 16:00h, GH Blie:** Heimatabend **13.10., ab 09 Uhr, Haus der Heimat:**

Symposium der Sudetendeutschen Jugend und mittleren Generation, mit Gastreferenten verschiedener Volksgruppen.

10.11.: GH Blie: Heimatabend mit Videofilm „Egerland, 1. Teil“.

Christian Stefanitsch

Oberösterreich

Freistadt

Im September hatten folgende Mitglieder Geburtstag:

1. Sep. Herr Helmut Püringer, 4. Sep. Herr Martin Kriegl, 6. Sep. Herr Karl Woisetschläger, 12. Sep. Frau Helga Kriegl, 16. Sep. Frau Maria Kühhaas, 16. Sep. Herr Cristoph Vejvar, 26. Sep. Herr Karl Guserl.

Wir gratulieren allen Geburtstagskindern nachträglich sehr herzlich und wünschen für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Folgende Mitglieder haben im Oktober Geburtstag:

Frau Mag. Lisa Kühhaas am 3. Okt. Wien, Frau Stefanie Ringdorfer am 5. Okt. Lasberg, Frau Theresia Tonko am 8. Okt. Senjorenheim Pregarten, Herr Herbert Preslmaier am 12. Okt. Waldburg, Frau Ingeborg Zahorka am 15. Okt. Linz

Wir gratulieren allen Geburtstagskindern sehr herzlich und wünschen für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Zu unseren monatlichen Stammtisch kommen wir am **10. Okt. 2018** im GH. „zur Jaunitz“ um **19 Uhr** zusammen.

Gerhard Trummer

VERANSTALTUNGSKALENDER WIEN, NIEDERÖSTERREICH UND BURGENLAND

Oktober

6. Oktober 2018 ab 18 Uhr **Lange Nacht der Museen im Wiener Böhmerwaldmuseum** in Wien 3, Ungargasse 3

8. Oktober 2018 19 Uhr **Übungsabend** des Sudetendeutschen Volkstanzkreises im HdH (2. Stock)

12. Oktober 19 Uhr **Treffen der Bezirksgruppe Wien und Umgebung** mit dem Ratespiel „Wanderfahrt durch das Sudetenland“ im HdH (2. Stock)

13. Oktober 2018 9,45 Uhr **Symposium der SdJÖ und mittleren Generation „Gemeinsames Schicksal- vertrieben, geflüchtet, verfolgt, - Wege in eine bessere Zukunft“** im HdH (2. Stock). Anmeldung: 01/718 59 13 od. office@sdjoe.at

ACHTUNG ABGESAGT!!! 17. Oktober 2018 13,30 Uhr Treffen der Heimatgruppe Nordmähren in der Weinlaubenkuppel in Oggau in Burgenland.

18./21. Oktober 2018 **VLÖ-Volksgruppen-symposium** im „Haus der Heimat“ in Wien. Anmeldung mit Anmeldeformular sekretariat@vloe.at, Auskünfte bei Frau Schlögl 01/718 59 05

27. Oktober 2018 15,30 Uhr **Totengedenken der Heimatvertriebenen** in der Augustinerkirche in Wien 1, Augustinerstraße, Eingang Josefsplatz

Vorschau

5./6. November 2018 **Österreichtagung** des Sudetendeutschen Priesterwerks in Wranau/ Vranov bei Brünn. Anmeldungen bei SLÖ: 01/718 59 od. sloe@chello.at

9. November 2018 19 Uhr **Treffen der Bezirksgruppe Wien und Umgebung** mit einem Film zum Thema: Deutsche Heimat Ostdeutschland

10. November 2018 15,30 **Ausstellungseröffnung „Deutsche Brüner Persönlichkeiten aus sechs Jahrhunderten“** im HdH (2. Stock)

10. November 2018 18 Uhr **Österreichisch-Sudetendeutsches Volkstanzfest** in der Babenbergerhalle in Klosterneuburg, Stiftsplatz 1. Kartenbestellung bei SdJÖ: 01/ 718 59 13 od. office@sdjoe.at

14. November 2018 **Raunachtwanderung der SdJÖ** Treffpunkte: 17,15 Uhr im HdH (2. Stock) oder 18 Uhr am Maurer Hauptplatz (bei der Erste Bank). Anmeldung bei Herrn Rogelböck 01/718 53 13 oder 01/888 63 97
Veranstaltungsort: HdH = Haus der Heimat in Wien 3, Steingasse 25

Ausstellungen

Bis 21. April 2019 **Sonderausstellung „Meine Heimat im Wandel“ –Deutsch-tschechische Denkmäl-**

pflegeprojekte in Tschechien“ im Böhmerwaldmuseum in Wien 3, Ungargasse 3, So 9 bis 12 Uhr

Dauerausstellung **„Langsam ist es besser geworden“** im Museum „Alte Hofmühle“ in Hollabrunn, Mühlenring 2. So u. Fei 9,30 bis 12 Uhr

Bis 7. Oktober 2018 **Sonderausstellung „Wagner, Hoffmann, Loos und das Möbeldesign der Wiener Moderne“** im Hofmobiliendepot in Wien 7, Andreasgasse 7. Di - So 10 bis 18 Uhr

Bis 4. November 2018 **Sonderausstellung „Gustav Klimt. Jahrhundertkünstler“** im Leopoldmuseum im Museumsquartier in Wien 7, Museumsplatz 1, täglich 10-18 Uhr, Do bis 21 Uhr

Bis 31. Oktober 2018 **Ausstellung „1848- Die vergessene Revolution“** im Palais Niederösterreich in Wien 1, Herrengasse 13. Di-Fr 11 bis 19 Uhr; Sa 11 bis 15 Uhr

Bis 7. November 2018 **„Porträts der Entwurzelung- Fotografien in österreichischen Flüchtlingslagern 1946-1949“** im Photoinstitut Bonartes in Wien 1, Seilerstätte 22. Telefonische Voranmeldung 01/236 02 93-40

Auch bei den Heimattreffen sind Gäste willkommen

Weitere Infos unter www.sudeten.at und www.sloe-wien.at

**Bezirksgruppe
Enns-Neugablonz-Steyr**

Den Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben wünschen wir alles, alles Gute, Gesundheit und noch viel Freude im Kreis der Familie und Freunden. Wir möchten auch zu unserem Treffen am Donnerstag, dem 11. Oktober 2018 um 15:00 Uhr im Cafe Hofer in Enns herzlich einladen. Außerdem auch zu unserem Treffen im November 2018. am 2. Donnerstag d.i. am 8. November 2018 ebenfalls im Cafe Hofer in Enns um 15.00 Uhr.

Ingrid Hennerbichler

**Böhmerwaldbund
Oberösterreich**

Die Verbandsleitung des Böhmerwaldbundes Oberösterreich gratuliert zu den Geburtstagen im Monat Oktober 2018:

Heribert Bayer, 28.10., Maria Dutzler, 18.10., Doz. Dr. Bernhard Quatember, 05.10., Walter Müllner, 20.10., Maria Mayr, 22.10., Prof. Mag. Wolf Kowalski, 15.10., Erich Kubata, 12.10., Renate Medek, 16.10.

Vorschau:

Heimattag am Samstag, 6.10.2018:
9.00 Uhr Stifterdenkmal beim Landhaus in Linz – Kranzniederlegung, Dichterlesung Ing. Jungbauer,
Böhmerwaldlied (mit Bläser),
9.30 Uhr Schubertmesse in der Ursulinenkirche (P. Christoph Ehrentraut),
11.00 Uhr Festveranstaltung im Ursulinenhof Linz, Landstraße (Saal A+B im 1. Stock) – Geshichte (PowerPoint)
Dr. Othmar Hanke – anschließend Lesung Frau Dr. Karin Peter aus ihrem Buch „Böhmen“ – Böhmerwaldlied und Landeshymne – Buffet.
Der Vorstand des Böhmerwaldbundes Oberösterreich ersucht um zahlreiche Teilnehme.

Böhmerwaldrunde am Freitag, 09.11.2018, um 14.00 Uhr, Breitwieserhof Linz
Helga Böhm (Vorsitzende)

Kaplitzrunde:

Jeden 1. Dienstag im Monat, 1. Stock, Klosterhof Linz, Landstraße.
Dienstag, 02.10.2018, 14.00 Uhr,
Dienstag, 06.11.2018, 14.00 Uhr.

Elfriede Weismann

Wels

Allen Landsleuten, welche im Oktober Geburtstag haben, wünschen wir auch auf diesem Weg alles Gute. Es sind dies: Frau Ulrike Burger am 1., Frau Karin-Ingeborg Hinkel am 2., Frau Margit Kaindlstorfer am 6., Herr Erich Schätz am 7., Frau Friederike Gnadlinger am 18., Frau Brigitte Schwarz am 30. Oktober.

Beim Festival der internationalen Eisenbahnerbewegung waren zahlreiche Gruppen aus dem Ausland anwesend. Unsere Sudetendeutschen Spielleute mit der Siebenbürger Volkstanzgruppe waren mit einigen Auftritten dabei und fanden große Beachtung.

Einen Bericht über den Ausflug ins Grenzgebiet Mühlviertel-Böhmerwald befindet sich im Textteil der Sudetenpost.

Am Sonntag, 28. Oktober findet wieder das Totengedenken an der Sigmarkapelle statt. Beginn 10 Uhr30. Es wird um zahlreiche Teilnahme ersucht.

Das Büro im Herminenhof ist jeden 1. und 3. Dienstag im Monat besetzt, in der Zwischenzeit Auskünfte bei Rainer Ruprecht (0699 1277 2050)

Wie immer findet der Stammtisch am letzten Dienstag im Monat um 18 Uhr beim Knödelwirt, Gasthof Irger Wels-Neustadt, statt

Rainer Ruprecht

**Friedhof Korneuburg,
Wandgrab „Czasta“ im alten
Teil, beim Eingang abzugeben.
Rufen Sie 0681/1033
29 87. Frau Herta Duck**

Besuch in Deutsch-Reichenau und was von diesem Ort übrig blieb

Am 24. August dieses Jahres fuhr eine Gruppe von Landsleuten aus Wels und Kremsmünster, sowie Gästen und Freunden ins Grenzgebiet Mühlviertel-Böhmerwald. In Rohrbach stieg unser Landsmann **Fritz Bertlwieser** aus Haslach zu. Er schilderte uns in den nächsten Stunden sehr ausführlich aus der jüngeren Vergangenheit dieser Region und führte uns zu Stätten, wo vor nicht allzu langer Zeit noch Ortschaften standen. So wie in Deutsch-Reichenau, wo wir nach kurzem Fußmarsch auf dem Schutthügel der von den Tschechen gesprengten Kirche dieses Ortes verweilten. In den Ausführungen von Fritz Bertlwieser erfuhren wir sehr viel über das Schicksal dieses Dorfes, welches auch sehr eng mit dem seiner Eltern und Großeltern verknüpft war. An dieser Stelle erinnert nur ein einfaches Holzkreuz und ein aus Teilen der einstigen Kirche aufgestellter Altar an frühere Zeiten. Bevor wir zu dieser denkwürdigen Stätte kamen, besuchten wir in St. Oswald bei Haslach die Heimatstube und das Denkmal für die verschwundenen Dörfer im Böhmerwald. Dort befindet sich auch der Gedenkstein für den verstorbenen Bundesrat **Paul Raab**, Bürgermeister von St. Oswald und einige Jahre Landesobmann der SL in Oberösterreich. Ein kurzer Fußweg zum Schwarzenbergischen Schwemmkanal ergänzte den Besuch in dieser Region. Dessen Geschichte war auch höchst interessant und wäre es wert einmal an anderer Stelle ausführlicher berichtet zu werden. In einer alten Mühle nahe St. Oswald kehrten wir zum Mittagessen ein – sehr urig und empfehlenswert. Von dort ging es dann über die Grenze zum bereits erwähnten Ort Deutsch-Reichenau und nach kurzer Fahrt weiter zur ehemaligen Nachbarkirche St. Thoma. Hier ist die Kirche stehen geblieben, wurde aber nicht verschont. Sie wurde von den Tschechen als Stall, Lager und vielen nicht kirchlichen Zwecken verwendet, dementsprechend auch verwahrlost. Zum Glück nahmen sich Landsleute der Kirche an und haben sie wieder renoviert. Darunter auch unser Landsmann Bertlwieser, der uns in der Kirche darüber auch einiges erzählen konnte. Die in der Nähe gelegene Ruine Wittighausen besichtigten einige, aber man konnte die Aussicht nicht genießen, der einsetzende Regen sorgte wieder für eine „Vertreibung“, aber diesmal auf humane Art, wir wurden nur etwas nass.



Auf dem Schutthügel der gesprengten Kirche von Deutsch Reichenau“

Zum Abschluss dieses Tages meinte eine Teilnehmerin zu unserem Reiseleiter, seine Ausführungen waren so interessant, dass darüber ein Buch geschrieben werden sollte. Daraufhin erwähnte DDr. Fritz Bertlwieser (um einmal seinen korrekten Titel zu erwähnen), dass er dies schon gemacht habe und einige Exemplare dabei hat. Er wollte kein Honorar für seine Bemühungen, sondern nur eine Spende

für die Erhaltung der Kirche St. Thomas, was wir natürlich gerne taten, und ihm auch dankten, dass er uns ein Stück Heimat näher gebracht hat.

Aus dem Prager Gästebuch

Martin Gärtner, der Gesandte und Erste Zugeteilte der Österreichischen Botschaft, gehörte zu dem Personenkreis der in Prag akkreditierten Diplomaten, die sich regelmäßig mit Peter Barton, dem Leiter des Sudetendeutschen Büros, trafen, um mit ihm über die aktuelle Lage im sudetendeutsch-tschechischen Dialog zu diskutieren und sich zugleich mit ihm zu beraten, wie man effizient zusammenarbeiten könne. Nur wenige Tage vor seiner Verabschiedung kam Gärtner in die sudetendeutsche Vertretung in der Thomasgasse, um noch einmal „Hallo“ zu sagen. Barton bedankte sich bei ihm für die hervorragende Zusammenarbeit der letzten Jahre und äußerte die Hoffnung, daß man auch künftig in Kontakt bleibe, wenn **Gärtner in das Wiener Außenministerium zurückgekehrt** sei.

Die Stimme der Jugend und mittleren Generationen

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25, www.sdjoe.at, Tel. und Fax: 01 / 718 59 13, E-Mail office@sdjoe.at

Am 16. September fand in unserer Patenstadt Klosterneuburg der diesjährige Sudetendeutsche Heimattag mit einem großen Festzug sowie Totenehrung und dem anschließenden Festnachmittag mit dem Festredner dem NÖ Landtagspräsident Mag Karl Wilfing in der Babenbergerhalle statt. Darüber wird auf den Vorderseiten eingehend berichtet.

++++

Jeden MITTWOCH ab 16 Uhr Möglichkeit für ein persönliches Gespräch – bitte uns unbedingt vorher zwecks Terminvereinbarung zu kontaktieren - im Haus der Heimat, Wien 3,

Steingasse 25/Hoftrakt/2.OG. statt! Dazu dürfen wir auch Dich und Deine Freunde recht herzlich einladen!

++++

Hier einige wichtigen Termine – wir laden jedermann dazu herzlich ein:

++++

SAMSTAG, 13. OKTOBER: SYMPOSIUM im Haus der Heimat, Wien 3, Steingasse 25/Hoftrakt/2.OG. Beginn: 9.45 Uhr, Ende gegen 15.30-16 Uhr ! Letzte Anfragen bis 9. Oktober unter der Tel./Fax-Nr. (01) 718-59-13, Mail: office@sdjoe.at - für Personen im Alter zwi-

schen 18 und 70 Jahre ! TEILNAHME-NACHMELDUNGEN SIND NOCH BIS DIENSTAG, dem 9. OKTOBER - EINTREFFEND ! - MÖGLICH !!!!

++++

Samstag, 27. Oktober: Totengedenken der Heimatvertriebenen in der Augustiner-Kirche in Wien 1, Augustinerstraße (neben der Albertina), Beginn 15.30 Uhr.

++++

Samstag, 10. November: 51. Österreichisch-Sudetendeutsches Volkstanzfest in der Babenbergerhalle in Klosterneuburg, 18 – 23 Uhr ! Alle sind zum Mitmachen recht herzlich eingeladen ! Es wird ersucht sich dringend die Eintrittskarten zu besorgen (siehe im Inneren).

++++

Mittwoch, 14. November: Rauhachtwanderung ! Treffpunkte: 17.15 – 17.30 Uhr in der Steingasse 25/Hoftrakt/2.OG. (wir fahren pünktlich ab) und um 18.00 Uhr am Maurer-Hauptplatz (Linie 60) bei der Die ERS-TE-Bank. Wir gehen bei jedem Wetter. Der Weg auf einer neuen Route ist für jedermann leicht zu bewältigen – also auch für ältere Semester! Dauer ca. 1 ¼ Stunde. Anschließend gemütliches Beisammensein in einem naheliegenden Lokal. Jedermann kann da mitgehen, auch ältere Landsleute und Freunde – wir laden dazu herzlich ein!

SYMPOSIUM AM SAMSTAG, dem 13. OKTOBER IM HAUS DER HEIMAT IN WIEN!

Wie schon des öfteren angekündigt findet zum Thema „GEMEINSAMES SCHICKSAL - VERTRIEBEN, GEFLÜCHTET, VERFOLGT - WEGE IN EINE BESSER ZUKUNFT“ für Personen zwischen dem 18. und 70. Lebensjahr statt.

DRINGENDE ANMELDUNGEN bis spätestens 1. Oktober erwünscht.

Werte Landsleute ! Wir ersuchen Sie Ihre Kinder und Enkelkinder sowie deren Freunde darauf aufmerksam zu machen - wir erwarten uns aus dem Kreis der Landsleute eine entsprechende Teilnehmerzahl! Es muss doch möglich sein die junge und mittlere Generation dafür zu interessieren.

Entsprechende weitere Hinweise finden Sie unter „STIMME DER JUGEND UND MITTLERE GENERATION“ in dieser Sudetenpost!



Sudetendeutscher Volkstanzkreis

Wenn auch Sie/Du am Volkstanz interessiert sind/bist, freuen wir uns, Sie/Dich an einem unserer nächsten Übungsabende begrüßen zu dürfen!

Übungsabende finden am zweiten Montag jeden Monats (ausgenommen Juli und August) um 19 Uhr in den Vereinsräumen der Sudetendeutschen Landsmannschaft Österreichs im „Haus der Heimat“ statt.

Ort: 1030 Wien, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG Telefon: (01) 718 59 19

Jeder kann mitmachen, auch Anfänger, da alle Tänze vorgezeigt und geübt werden - wichtig ist die Freude am Volkstanz! Die Teilnahme ist kostenlos, eine Mit-gliedschaft nicht notwendig. Die Geselligkeit kommt dabei auch nicht zu kurz und zum Selbstkostenpreis werden kleine Imbisse und Getränke angeboten. **Die nächsten Termine: 8.10., 12.11., 10.12.2018 und 8.1.2019**

Redaktionsschluss (RS) für die Folge 11 ist der 24. Oktober 2018 um 12 Uhr Mittag. Erscheinungstermin (ET) ist am 8. November 2018. Wir bitten um Verständnis, wenn in der aktuellen Ausgabe aus Platzgründen nicht alle Beiträge erscheinen konnten oder gekürzt werden mussten.

Bitte senden Sie alle Ihre Artikel, Berichte, Manuskripte und Anfragen AB SOFORT an: Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) „Haus der Heimat“, 1030 Wien, Steingasse 25, Telefon 01 / 718 59 19, Fax 01 / 718 59 23, E-mail-Adresse: sloe@chello.at

ET Nr. 12: 6. Dezember 2018

RS: 22. November 2018

SUDETENDEUTSCHE REZEPTE

Kürbiskraut

Zutaten für ca. 6 Personen:

1,50 kg Kürbis (Molvino), 60 g Fett (Schweineschmalz), 1 große gehackte Zwiebel, 1 Knoblauchzehe, 1 El Dille, 1 kl. Paprika, Salz, Pfeffer, Zucker, 1 Msp Kümmel, gehackt, 2 El. Paradeismark, 1/8 l Sauerrahm, 1 El Mehl, Spritzer Essig, etwas Rindssuppe

Zubereitung

Kürbis schälen, halbieren, nudelig schneiden und salzen (1 Tl.), 10 Minuten stehen lassen und dann ausdrücken. In heißem Fett die Zwiebel anlaufen lassen, den ausgedrückten Kürbis begeben, paprizieren, mit Knoblauch, Kümmel, Paradeismark, Dill und Zucker würzen.

Etwas Rindssuppe zugeben und ca. 12 Minuten dünsten lassen. Sauerrahm und Mehl verrühren und damit den Kürbis binden. Mit Salz, Pfeffer und einem spritzer Essig abschmecken.

Herbstzeit ist Kürbiszeit, noch dazu ist er so gesund!

Gutes Gelingen wünscht Ch. G. Spinka-Grech

51. ÖSTERREICHISCH-SUDETENDEUTSCHES VOLKSTANZFEST - DEN LEOPOLDISTANZ

IN KLOSTERNEUBURG
AM SAMSTAG, DEM 10. NOVEMBER

Zum 51. Mal findet dieses sehr beliebte Brauchtumsfest in der Babenberghalle in unserer Patenstadt Klosterneuburg - auch als Leopolditanz 2018 - statt.

Ehrenschutz

**Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner
Bezirkshauptmann mag. Andreas Riemer
Bürgermeister Mag. Stefan Schmuckenschlager
mit freundlicher Unterstützung der Stadtgemeinde Klosterneuburg**

Seit 44 Jahren wird dieses Fest in Zusammenarbeit mit unseren Freunden von der Volkstanzgruppe Klosterneuburg vorbereitet und durchgeführt.

**Beginn ist um 18 Uhr
(Einlass ab 17.15 Uhr)
Ende um 23 Uhr.**

Alle Landsleute, Freunde jeden Alters, die mittlere und jüngere Generation, die Kinder, die Freunde des Volkstanzens und des Brauchtums sind recht herzlich dazu eingeladen.

Die Eintrittspreise: Karten im Vorverkauf 17.-- Euro, Karten an der Abendkasse 20.—Euro, Jugendkarten (von 15-19 Jahre) 10.—Euro.

Die Eintrittspreise sind gegenüber den letzten Jahren gleich geblieben!

Die Tischplatzreservierung - jedoch soweit eben der Platz reicht - ist kostenlos!

Sudetendeutsches Erbe



Ihnen zur Ehre

Ihren Lieben zum Gedenken

den Sudetendeutschen eine Zukunft!

Die SLÖ bietet Ihnen in allen Fragen von Legaten und Erbschaften zugunsten der Sudetendeutschen individuelle Beratung durch einen Fachmann!

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

A-1030 Wien, Steingasse 25

Telefon: 0043 1 718 59 19, Fax 0043 1 718 59 23

E-Mail: office@sudeten.at

Internet: www.sudeten.at

Sudetenpost

IMPRESSUM

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz

Eigentümer und Verleger:

Sudetendeutscher Presseverein, 4210 Gallneukirchen, Narzissenweg 5, www.sudetenpost.com, ZVR-Zahl:493880643
Obmann/Redaktion: Gerhard Zeihel, 1030 Wien, Steing. 25, Ruf: 0043(0)1/718 59 19, Fax: 0043(0)1/718 59 23,
E-Mail: sloe@chello.at, Druck: LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29.

Die Zeitung erscheint einmal im Monat.

Jahresbezugspreis: Inland € 33,00, inkl. 10 % Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Ausland: € 39,00, Übersee: € 65,00. Einzelpreis: € 2,80.

Bankkonto: Sparkasse OÖ:

IBAN: AT53 2032 0321 0024 0757, BIC ASPKAT2LXXX

Für die Bezieher aus Deutschland: VR-Bank Passau eG

IBAN: DE43 7409 0000 0000 0898 69, BIC GENODEF1PA1.

Postanschrift und Anzeigenannahme: Steingasse 25, 1030 Wien

Kündigungsfristen per Jahresende, vom 1. Sept. bis 30. Nov., da es sich bei der Sudetenpost jeweils um ein Jahres-Abo handelt, welches sonst weiterläuft.

Grundlegende Richtung:

Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Presseerzeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „Sudetenpost“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf eine Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

BESTELLSCHEIN FÜR DIE Sudetenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:

„Sudetenpost“, 1030 Wien, Steingasse 25.

Telefonische Bestellung: 0043(0)1/718 59 19.

E-Mail: sloe@chello.at

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____

Straße: _____

Plz: Ort: Telefon: _____

Die Zeitung erscheint einmal monatlich. - Jahresbezugspreis: Inland € 33,- inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Ausland: € 39,- ; Übersee € 65,-.

Bankkonto: Sparkasse OÖ, IBAN AT53 2032 0321 0024 0757, BIC ASPKAT2LXXX.

Für die Bezieher aus Deutschland: VR-Bank Passau eG, IBAN: DE43 7409 0000 0000 0898 69, BIC: GENODEF1PA1.

Kündigungsfristen per Jahresende, vom 1. Sept. bis 30. Nov., da es sich bei der Sudetenpost jeweils um ein Jahres-Abo handelt, welches sonst weiterläuft. Mit Ihrer Bestellung stimmen Sie laut DSGVO zu, dass Ihre Daten ausschließlich zum Versand der Sudetenpost verwendet werden dürfen.